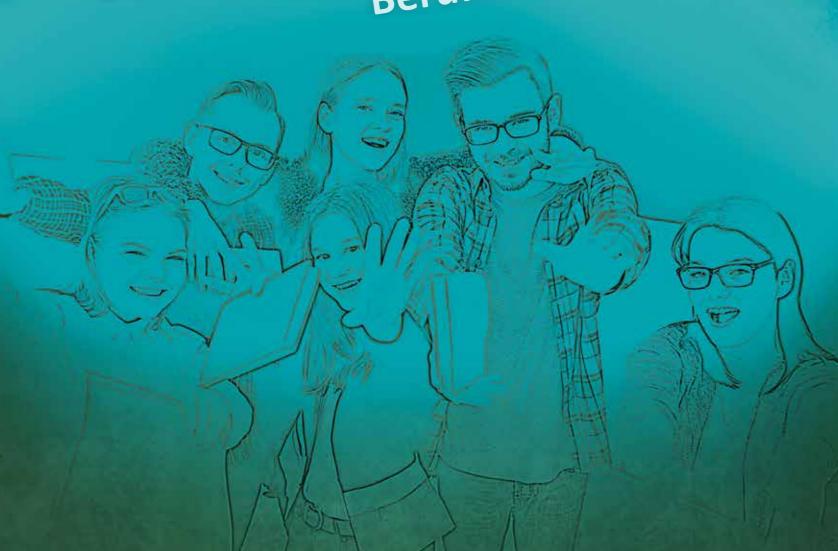


GEW

Erziehung & Wissenschaft 10/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW







Weiterhin unsichere Zeiten

Die Freude darüber, dass sich die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage in der dualen Ausbildung rechnerisch in den vergangenen Jahren verringert hat und die Bundesagentur für Arbeit in diesem August in etwa Gleichstand beider Größen meldete, kann man getrost teilen. Aber man sollte der Freude nicht zu ausgelassen Ausdruck verleihen: Selbst ein bundesweiter numerischer Gleichstand von Angebot und Nachfrage bedeutet für die Jugendlichen noch lange kein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot. Dies wäre laut Ausbildungsplatzförderungsgesetz erst erreicht, wenn das Angebot wenigstens 12,5 Prozent über der Nachfrage läge. Es bleiben also für beide Seiten – Jugendliche wie Unternehmen – weiterhin erhebliche Unsicherheiten und Passungsprobleme (s. S. 18 f.).

Über ein Jahrzehnt war die Berufsbildung wegen der Verwerfungen am Ausbildungsstellenmarkt in schwere Turbulenzen geraten. Ist ihre Welt jetzt wieder in Ordnung? Und die noch wichtigere Frage: Ist das System für die Zukunft gut gerüstet? Mitnichten. Die duale Berufsausbildung schleppt weiterhin alte Lasten – vielleicht etwas weniger schwer – mit sich herum und ist mit neuen Unsicherheiten konfrontiert. Dazu zählt das nach wie vor zu geringe Ausbildungsplatzangebot. Dieses ist zudem von einem weiteren Abwärtstrend bedroht: Der numerische Gleichstand von Angebot und Nachfrage resultiert nämlich nicht daraus, dass sich das Ausbildungsplatzangebot ausgeweitet hätte, sondern fast ausschließlich aus dem Rückgang der Nachfrage. Zwischen 2007 und 2015 ging das Angebot um 13 Prozent, die Nachfrage aber um 20 Prozent zurück.

Alarmierend daran ist, dass sich der Rückgang bei kontinuierlich steigendem Beschäftigungsvolumen vollzogen hat. Es kommt im letzten Jahrzehnt zu einer zunehmenden Entkopplung von Beschäftigungs- und Ausbildungsentwicklung, die es so bisher nicht gab. Hält dieser Trend an, wäre dies für das duale System fatal. Bei der Entkopplung sind strukturelle

Entwicklungen am Werk, das zeigt sich an den seit 2008 in allen Betriebsgrößenklassen rückläufigen Auszubildendenund Ausbildungsbetriebsquoten. Diese wirken sich am stärksten bei den Kleinbetrieben (bis 50 Beschäftigte) aus, die traditionell knapp die Hälfte der Ausbildungsplätze stellen.

Die strukturelle Verknappung des Ausbildungsangebots wird auch künftig vor allem die gering qualifizierten Jugendlichen treffen – unter ihnen viele mit Migrationshintergrund. Fast 300 000 Jugendliche im Übergangssektor sprechen eine deutliche Sprache. Inzwischen schlägt die Verknappung aber als eigenes Versäumnis auf die Fachkräfteversorgung der Unternehmen zurück. Das Lamento der Wirtschaft über Fachkräftemangel geht also zuallererst an die eigene Adresse.

Fachkräftemangel und Benachteiligung von Geringqualifizierten stehen angesichts demografischer Entwicklung und des ungebrochenen Trends zum Studium perspektivisch in einem unabweisbaren Zusammenhang. Dieser ist politisch schwer zu gestalten, denn die Digitalisierung forciert die Tendenz zu steigenden Qualifikationen.

Für die Doppelaufgabe von Höherqualifizierung und Einbeziehung Geringqualifizierter, einschließlich der Integration von Schutz- und Asylsuchenden, scheint die duale Ausbildung nicht gut gerüstet. Es fehlt zum einen – für die Höherqualifizierten – an attraktiven Angeboten. Zum anderen insgesamt an den erforderlichen personellen Ressourcen und Kompetenzen in den Betrieben, vor allem an sozial- und sonderpädagogischer Expertise, um die für die Fachkräfteversorgung unverzichtbare Ausbildung der Geringqualifizierten zu erreichen. Ohne mehr externe Unterstützung scheinen die Betriebe überfordert – gerade bei den vielfältigen Integrations- und Inklusionsaufgaben. Hier spricht alles für ein intensiveres Zusammenwirken von Betrieben und Berufsschulen.

Prof. Martin Baethge,

Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)

Inhalt



Gastkommentar Waltarkin unaishan Zaitan	Caita
Weiterhin unsichere Zeiten	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite !
Schwerpunkt: Berufliche Bildung	
1. Berufsschule: das echte Leben in die Schule holen	Seite 6
2. Zukunftsperspektiven: Raus aus der Abseitsfalle	Seite 10
3. Inklusiver Unterricht an berufsbildenden Schulen: Individualität wertschätzen	
4. GEW-Kommentar: Perspektiven bieten	Seite 14
5. Ausbildungsabbrüche: Mit Bauchschmerzen in den Ausbildungsbetrieb	Seite 1
6. Überfällige Reformen: Das Flaggschiff schlingert	Seite 18
7. Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein: Spielball für die Wirtschaft	Seite 20
Bildungspolitik	
OECD-Bildungsbericht 2017: "Abwegiger deutscher Streit"	Seite 22
2. Zehn Jahre Bildungsgipfel: Noch keine "Bildungsrepublik"	Seite 2
3. Interview mit Michael Hirn zur Inklusion: "Problematisches Arbeitsfeld"	Seite 28
4. GEW-Kommentar: Richtige Strategie	Seite 30
5. DDS-Heft 2/2017: Fit für Bildung in der digitalen Welt?	Seite 3
Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren ab	Seite 2
Internationales	
Unabhängige Gewerkschaften in Ägypten: Arbeiter unter Kontrolle	Seite 32
Gesellschaftspolitik	
1. Interview Dominik Rigoll zum Radikalenerlass: "Aufarbeitung steht noch aus"	Seite 34
2. Berufsverbotsopfer: "Die alte Wut bleibt"	Seite 3
3. Hass und Hetze im Internet: Gegenwehr im Netz	Seite 3
Initiative "Bildung. Weiter denken!"	
1. "GEW in Bildung unterwegs": Sachsen und Bremen	Seite 38
Mythen der Steuerpolitik: Mehr Abgaben auf leistungslosen Besitz!	Seite 39
	Jeite J.
Schule	
Pilotprojekt für mehr Schulbeteiligung zugewanderter Eltern: "Nur mit Ihnen!"	Seite 40
GEW-Intern	
1. "Fit für die Zukunft": Sportkommission tagt	Seite 4:
Zukunftsforum Lehrer_innenbildung: "All inclusive"	Seite 4:
3. Befristete Arbeitsverträge beim IB: Das Aus für "pädagogische Wanderarbeiter"	Seite 42
E&W-Serie "Willkommen in Deutschland"	
Filmrezension "Als Paul über das Meer kam"	Seite 43
Leserforum	Seite 4
Diesmal	Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund Vorsitzende: Marlis Tepe Redaktionsleiter: Ulf Rödde Redakteurin: Helga Haas-Rietschel Redaktionsassistentin: Katja Wenzel Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21 60489 Frankfurt am Main Telefon 069 78973-0 Fax 069 78973-202 katja.wenzel@gew.de www.gew.de facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats. Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der "Erziehung und Wissenschaft" auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

329 000 Fachkräfte fehlen

Bis zum Jahr 2025 werden in Krippen, Kitas und in der Grundschulbetreuung bis zu 329 000 zusätzliche pädagogische Fachkräfte benötigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut (DJI)/Technische Universität Dortmund. Für ihre Berechnung legten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Geburtenanstieg, Zuwanderung, bisher nicht befriedigte Elternnachfrage nach Plätzen, Ersatz für dauerhaft ausscheidende Beschäftigte sowie einen verbesserten Personalschlüssel (Fachkraft-Kind-Relation) zugrunde. "Damit würde die Zahl der aktuell 614 000 Fachkräfte bis 2025 innerhalb von nur einem Jahrzehnt um mehr als 50 Prozent steigen", so DJI-Direktor Prof. Thomas Rauschenbach.

Neben einem erheblichen Fachkräftebedarf gebe es auch eine steigende Nachfrage nach Plätzen. In der Summe fehlten bis 2025, errechneten die Forscher, für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von zehneinhalb Jahren bundesweit bis zu 1,2 Millionen Plätze. Vor diesem Hintergrund prognostiziert der Forschungsverbund bis 2025 einen Personalbedarf von bis zu 603 000 pädagogischen Fachkräften. Da voraussichtlich lediglich 274 000 Nachwuchspädagoginnen und -pädagogen ausgebildet werden, bleibt eine Personallücke von 329 000 pädagogischen Fachkräften.

GEW-Klagen gegen Arbeitsbelastung

Die GEW Niedersachsen will den Rechtsweg einschlagen, um die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte sowie Schulleiterinnen und -leiter an Grundschulen zu senken. Die von der Gewerkschaft unterstützten Klagen - zunächst von zehn Lehrkräften und Schulleitungen – seien, so die stellvertretende Landesvorsitzende Laura Pooth, "ein deutliches Signal an alle politisch Verantwortlichen". Die Beschäftigten in den Schulen wollten nicht länger auf eine neue Arbeitszeitverordnung warten. "Die Fakten liegen auf dem Tisch", stellte Pooth fest. Die Gewerkschafterin verwies auf die Göttinger Arbeitszeitstudie, die der Landesverband in Auftrag gegeben und deren Ergebnisse er im August vergangenen Jahres veröffentlicht hatte. Die Untersuchung habe gezeigt, so Pooth, dass Lehrkräfte an Gymnasien, Grundschulen und Gesamtschulen überlastet sind und unbezahlte Mehrarbeit leisten (s. E&W 9/2016). Von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) fordert der Landesverband, dass die von ihr eingesetzte Arbeitszeitkommission bald einen Vorschlag unterbreitet, um die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte zu reduzieren und die gestiegenen pädagogischen Anforderungen zu berücksichtigen.

Ganztag ausbauen

Der Deutsche Städtetag hat die Länder aufgefordert, die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder auszubauen, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtet.

"Der Bedarf an ganztägiger Betreuung und Förderung von Kindern in den Grundschulen wächst seit Jahren", zitiert dpa die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Eva Lohse. Die für Schulen zuständigen Länder sollten Geld für den Ausbau in die Hand nehmen und dabei vom Bund unterstützt werden, verlangte Lohse auf einer Tagung ihres Verbandes in Kassel.

Digitales Lernen verbessern

Eine Mehrheit der Schulleiterinnen und -leiter sowie der Lehrkräfte (70 Prozent) begegnet digitalem Lernen zwar aufgeschlossen, aber auch mit Vorbehalten. Das ist ein zentrales Ergebnis des aktuellen "Monitor Digitale Bildung" der Bertelsmann Stiftung. Demnach erwarten nur 23 Prozent der Pädagoginnen und Pädagogen von dem Einsatz digitaler Medien bessere Lernerfolge. Lediglich zehn Prozent der Lehrenden trauen den neuen Technologien zu, dass diese individuelles Lernen stärker fördern. Es hapert laut Studie auch an Konzepten, Weiterbildung sowie an nötiger Technik. Zudem sei nur jede dritte Lehrkraft mit der drahtlosen Internet-Verbindung (WLAN) in ihrer Schule zufrieden. 20 Prozent der Befragten geben an, ihre Schule verfüge nicht über WLAN.

Die GEW mahnt schon seit längerem eine bessere Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software an. Zudem fordert sie mehr Aus- und Fortbildung für den Unterricht im digitalen Klassenzimmer. Leitlinie müsse dabei sein: "Technik soll der Pädagogik dienen!", kommentierte Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für Schule verantwortlich, den Befund aus Gütersloh. Lehrkräfte wollten guten Unterricht machen. Wenn IT-Technologie sie dabei unterstütze, setzten sie diese auch ein. Das dürfe aber nicht zu einer zusätzlichen zeitlichen Belastung werden, unterstrich Hoffmann. Die Politik müsse für bessere personelle, materielle und technische Rahmenbedingungen sorgen und den seit langem angekündigten Digitalpakt endlich umsetzen (s. E&W 9/2017).

Gute Bildung kostet was

"Wie Blumen brauchen Kinder die richtigen Bedingungen, dann können sie wachsen und ihr Potenzial entfalten. Bildung ist dabei der wichtigste Nährboden", betont Neven Subotic. Der Fußballprofi unterstützt wie viele andere bekannte Persönlichkeiten die bundesweite GEW-Initiative "Bildung. Weiter denken!"*: Prominente aus Wissenschaft, Sport, Medien und Politik machen sich für gute Bildung stark, sagen öffentlich,



Fußballprofi Neven Subotic

was diese wert ist. Und weil sie etwas wert ist, kostet sie auch etwas. Die Promi-Statements, die insbesondere in den sozialen Medien für mehr Qualität in der Bildung sowie bessere Lern- und Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen werben, sind nachzulesen auf der GEW-Website: www.gew.de/promi-statements.

Medial begleitet wird die GEW-Initiative außerdem durch Videos. Auch diese signalisieren deutlich: Wenn Deutschland mehr Qualität in der Bildung will, dann müssen Bund und Länder bessere Lern- und Arbeitsbedingungen schaffen. Die Videos finden Sie auf der GEW-Homepage: www.gew.de/weiter-denken/videos/.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine MusicMan Soundstation.*

Prämie des Monats Oktober:

MusicMan Soundstation

Die etwas kleinere Stereoanlage für unterwegs. MusicMan sorgt für guten Klang vom USB-Stick, MP3-Player oder Smartphone, mit integriertem Radio und 3,5 mm Klinkenkabel.



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen

Keine Lust auf unser Online-Formular? F	Fordern Sie den Prämienkatalog ar
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de	Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

. L			
Vorname/Name	GEW-Landesverband	GEW-Landesverband	
#i I	1 1		
Straße/Nr.	Telefon	Fax	
Dr.c.	1 1	1	
E PLZ/Ort	E-Mail		

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:



Am Haupteingang der Elisabeth-Selbert-Schule (ESS) weist ein grüner Holzstuhl mit Flügeln darauf hin, dass die Hamelner Berufsschule 2017 den Deutschen Schulpreis gewonnen hat. Der Stuhl passt zum Wettbewerbsmotto: "Dem Lernen Flügel verleihen!" Mit der ESS gewann zum ersten Mal eine Berufsschule die begehrte Trophäe.



Alle machen, was sie wollen: "Dalton"-Stunde in Schülerinnen und Schüler können eigenständig beiten. Die Dalton-Methode wurde von der US-Die Unterrichtsmethode war einer der Gründe,

... das echte Leben in

// Erstmals hat eine Berufsschule den Hauptpreis des Deutschen Schulpreises erhalten. Die Elisabeth-Selbert-Schule im niedersächsischen Hameln überzeugte die Jury unter anderem mit passgenauer Förderung jedes Einzelnen und mit ausgeprägtem Teamgeist. //

Montag, fünfte Stunde, Raum 3.05 im Hauptgebäude der Elisabeth-Selbert-Schule (ESS): Auf den ersten Blick wirkt alles wie in einer normalen Freiarheitsstunde. Manche murmeln mit dem Nachbarn, andere brüten über Aufgaben oder gehen von einem Tisch zum anderen. Doch was die Jugendlichen hier machen, läuft nach anderen Regeln ab als sonst: den Regeln des "Dalton"-Unterrichts. "Dalton" - das ist eine Methode, die die US-Reformpädagogin Helen Parkhurst (1887 – 1974) entwickelt hat. Die ESS-Abteilung für Sozialpädagogik praktiziert sie seit 2011: Wer sich hier zum Erzieher oder zur Sozialassistentin ausbilden lässt, hat sechs Stunden pro Woche "Dalton-Unterricht". Jeder muss bestimmte Aufgaben erledigen - die "Dalton-Aufträge" von verschiedenen Lehrkräften –, jeweils mit festem Abgabetermin, vielleicht nach drei, vielleicht nach acht Wochen. In

jeder "Dalton"-Stunde können die jungen Leute frei entscheiden, an welchem Auftrag und bei welcher Lehrkraft sie arbeiten möchten, ob lieber allein oder in Kleingruppen.

Die 19-jährige Mareike sucht gerade per Handy nach Internetadressen, die sie für eine Arbeit über Kurzzeitpflege braucht. Weiter hinten sitzt Oliver (23). Er hat eine Dosen-Pyramide aufgezeichnet, denn er plant mit anderen einen Stand für das große Kinderfest, das die Schülerinnen und Schüler jedes zweite Jahr im Hamelner Bürgerpark ausrichten. Alle Arbeitsschritte werden im persönlichen "Dalton-Begleiter" dokumentiert, einer Art Lerntagebuch. Manchmal wird es knapp mit dem Einhalten der Abgabefristen. Aber auch das sei eine wichtige Erfahrung, findet Lehrerin Annette Kessler. Denn: "Manche merken, dass sie ein bisschen zu viel gequatscht statt gearbeitet haben. Wenn man selber zu dieser Erkenntnis kommt, ist das viel nachhaltiger als eine Korrektur durch die Lehrkraft."

Eigenverantwortliches Lernen: Das ist nur einer der Mosaiksteine des ESS-Konzepts. Beeindruckt war die Schulpreis-Jury auch davon, wie sehr die Lehrenden auf die Lage jedes Einzelnen eingehen, um "das persönliche Potenzial vollständig auszuschöpfen", wie es in der Laudatio heißt. Jury-Sprecher Michael Schratz, Bildungsprofessor an der Universität Innsbruck: "Durch das dichte Geflecht aus passgenauer pädagogischer Förderung und Fürsorge erzielen die Schüler hier Erfolge, die an anderen Schulen kaum jemand für möglich hielt."

Zweite, dritte, vierte Chance

Gisela Grimme (62), seit 22 Jahren ESS-Leiterin, umschreibt das Erfolgsrezept so: "Wir haben hier eine Haltung: ein großes Interesse daran, dass die jungen Menschen weiterkommen." Egal, welch schweren Rucksack sie zu tragen hätten – jeder erfahre hier persönliche Wertschätzung. Jeder erhalte eine Chance, um "ins Leben zu kommen". Wenn nötig, auch eine zweite, dritte oder vierte Chance.

Das gilt nicht zuletzt für jene, die ihre allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen haben und es nun an der ESS versuchen. "Sie sind häufig fit im Kopf, aber sozial benachteiligt", erklärt die Schulleiterin. "Bei uns können sie noch mal durchstarten und doch noch den Hauptschulabschluss erwerben." Oder auch mehr. Denn die ESS mit ihren fünf Berufsfeldern und sieben Abteilungen – von der Berufseinstiegsschule bis zum Beruflichen Gymnasium – bietet alle



der Abteilung für Sozialpädagogik der ESS. Die entscheiden, wann sie welche Aufgaben bear-Reformpädagogin Helen Parkhurst entwickelt. warum die Berufsschule ausgezeichnet wurde.



Rund 150 Geflüchtete werden derzeit an der ESS unterrichtet. Im Berufsvorbereitungsjahr lernen Kamiran aus dem Irak (links) und Narek* aus Armenien das Frisieren an Puppenköpfen. Jeder soll seinen Platz finden, niemand durchs Raster fallen – nach dem Motto "Keiner wird hier platt gemacht!"

*Name von der Redaktion geändert

die Schule holen

Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife an. "Das wissen viele Leute gar nicht", sagt Grimme. Von ihrem Büro mit Weser-Blick geht es einen langen Gang entlang bis zum Raum 1.07. Elf Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Berufsvorbereitungsjahres für den Bereich Körperpflege machen sich hier an Puppen zu schaffen: kämmen, sprayen, föhnen. Mit dem Frisieren von Puppenköpfen sind auch zwei Geflüchtete beschäftigt. Sie hatten zunächst einen Sprachförderkurs besucht und wollen nun Friseur werden. Wie ist es denn hier? "Super", sagt Kamiran. Der 19-jährige Iraker lächelt. "Alle sind so nett zu mir." Er ist seit 2015 in Deutschland, seit 2016 an der ESS. Sein Deutsch klingt, als lebte er schon seit etlichen Jahren hier. Rund 150 Geflüchtete lernen derzeit an der ESS, nicht wenig bei insgesamt 2 000 Jugendlichen aus über 30 Nationen. Grimme schätzt diese Vielfalt, die bunte Mischung. Die Leiterin legt auch Wert auf hohe Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen. Jeder soll hier seinen Platz finden, niemand durchs Raster fallen. "Keiner wird hier plattgemacht!" Wer schlechte Erfahrungen mit Leistungsdruck gesammelt hat, darf bei bestimmten Mathe-Klassenarbeiten Spickzettel verwenden – zwar nur einmal pro Arbeit, aber

es dämpft die Versagensängste. "Bei manchen Schülern und Schulformen ist das pädagogisch angebracht", findet Grimme. Auch, weil das Zettelschreiben beim Lernen hilft.

Förderkurse und Beratung

Im Unterricht nicht aufgepasst oder zu wenig verstanden? Dann helfen vielleicht Förderkurse, sei es für Lernmethoden, Deutsch als Fremdsprache oder als Crashkurs zur Prüfungsvorbereitung. Ein Drittel der Kurse wird von Schülerinnen und Schülern geleitet. Regelmäßig treffen sie sich mit Lehrkräften zu Teamsitzungen und tauschen sich über Methoden und Materialien aus. An den Infotafeln der ESS hängen nicht nur Hinweise auf die nächsten Fördertermine, sondern auch Aushänge des Beratungsteams. "Einfach mal anfragen" oder "Gemeinsam finden wir Ihre Stärken", steht in Sprechblasen über den Porträtfotos von sechs Beratungskräften. Ob schulische oder private Probleme – jeder kann sich hier Hilfe holen, notfalls auch nach Feierabend per Handy oder Mail. Die Kontaktdaten der Teammitglieder stehen auf schmalen, langen Zetteln zum Mitnehmen, die in jeder Klasse aushängen.

Wer einen weiteren Mosaikstein des Siegerkonzepts kennenlernen möchte, die

Projektorientierung aller Bildungsgänge, sollte eine der beiden Außenstellen besuchen. Am Standort Thibautstraße betreiben die jungen Leute einen eigenen Kiosk mit Getränken und Mittagsimbiss. Sie sorgen für alles, was dazugehört: zubereiten, dekorieren, verkaufen, Nachschub beschaffen. Einer der Kiosk-Köche ist Dijwar, Sohn syrischer Eltern, vor 16 Jahren in Deutschland geboren. Sein Team hat schon für morgen vorgekocht: Hackfleisch und Curryreis. "Es ist sehr angenehm hier", sagt er und dreht sich zu einem Schild neben der Essensausgabe um: "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Ausländerfeindlichkeit, Mobbing oder Gewalt, nein, das gebe es hier nicht. Das bestätigt auch Ayman, ein 17-Jähriger mit libanesischen Wurzeln. "Hier haben alle Respekt voreinander. Und

die Lehrer sind sehr höflich. Die duzen uns nicht." Passt gut zu Grimmes Credo: "Lehrer und Schüler begegnen sich immer auf Augenhöhe."

Kekse, Kerzen, Konfitüre

Ein anderes Projekt, das der Jury gefiel: Im fachpraktischen Unterricht mehrerer ESS-Abteilungen werden Kekse, Kerzen oder Konfitüre produziert, für den Verkauf auf Basaren oder via Inter-





Am Standort Thibautstraße der ESS betreiben Jugendliche einen Kiosk mit Getränken und Mittagsimbiss. Sie sorgen für alles, was dazu gehört: zubereiten, verkaufen, nachbeschaffen. Der Kiosk ist eines der vielen Projekte, die die ESS den Auszubildenden anbietet.



"Einfach mal anfragen": In jedem Unterrichts Namen, Mailadressen und Handynummern Berufsschule. Dazu gehören z. B. zwei Berat Cornelia Gutsche.

net. Viele Zutaten stammen aus dem Schulgarten, sodass die Produzenten von der Ernte bis zum Verkauf alle nötigen Schritte kennenlernen. Die Preise werden im Theorieunterricht kalkuliert. "Wir sind der Überzeugung, dass Menschen nur dann nachhaltig lernen, wenn dieses Lernen einen Sinn hat und ein Ziel verfolgt, das über eine gute Bewertung hinausgeht", heißt es dazu in der 23-seitigen Schulpreisbewerbung. Oder in Grimmes Worten: "Wir müssen raus aus der Schule, aus dem Elfenbeinturm, und müssen versuchen, das echte Leben in die Schule zu holen. Oder die Schüler müssen rausgehen und da das echte Leben erlernen."

Lernende Institution

Nach draußen gehen manchmal die angehenden Kosmetikerinnen: Hausbesuch im Seniorenheim, mit Kosmetikkoffern. Manchmal gibt es auch Wellnesstage fürs eigene Kollegium; an der Tür des Fachunterrichtsraums 1.05 stehen auf einem Preisschild die Tarife, etwa "Augenbrauen zupfen und Depilieren" für fünf Euro oder "Komplette Kosmetikbehandlung" für 20 Euro. Heute aber – ein Fernsehteam ist gerade zu Besuch – schminken sich die Schülerinnen in ihren weißen Kitteln nur gegenseitig. "Dekorative Maßnahmen" heißt

das Lernfeld. Anna-Lena schwärmt dabei von den "supernetten" Lehrkräften: "Die gehen alle super auf die Schüler ein." Besonders toll war für die 18-Jährige, dass sie bei einem Schüleraustausch mit Tschechien mitmachen konnte - die ESS ist auch eine anerkannte "Europaschule" und ermöglicht jedem, der möchte, einen Auslandsaufenthalt. Vom Jugendrotkreuz hat die ESS außerdem den Titel "Humanitäre Schule" erhalten, denn sie organisiert z. B. Spendensammlungen und verschenkt Babytaschen an mittellose werdende Eltern. So lernen die Jugendlichen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Auch die Schule selbst ist eine "lernende Institution". Seit 20 Jahren sucht sie immer wieder systematisch nach Schwachstellen und beteiligt dabei auch die Jugendlichen. Sogar der Schulpreis-Wettbewerb half: Seit 2011 hat sich die ESS fünfmal beworben und durch jede der vier Absagen dazugelernt. Mit der Unterrichtsentwicklung beschäftigt sich eine eigene Steuergruppe. Jedes Bildungsgang-Team formuliert seine Ziele für die nächsten zwei Jahre und überprüft nach dieser Frist das Ergebnis. Ein "Controllingkalender" listet auf, wer wann welche Aufgaben zu erfüllen hat.

Feedback erhält das zu 80 Prozent weibliche Kollegium auch durch regelmäßige Schülerbefragungen. Die Lehrkräfte selbst werden ebenfalls nach ihrer Zufriedenheit gefragt. Die Ergebnisse im vergangenen Jahr: Von den 140 Lehrenden waren 81 Prozent mit dem Arbeitsklima zufrieden. Bei den Lernenden kreuzten zwar nur 69 Prozent an, dass sie mit dem Unterricht zufrieden sind; aber bei Detailfragen, etwa nach gerechter Benotung, stiegen die Werte auf über 90 Prozent.

"Unendlich entlastend"

Den Schulpreis haben die Hamelner auch wegen ihrer ausgeprägten Teamarbeit bekommen. Nicht jede Lehrkraft erfindet das Rad wieder neu, alle stellen ihr Unterrichtsmaterial für die anderen zur Verfügung. "Das ist unendlich entlastend", findet Grimme. Das Arbeitsmotto laute nicht "Ich und meine Klasse", sondern "Wir und unsere Schule". Pro Halbjahr hospitiert jede Lehrkraft bei einer anderen. Zur achtköpfigen Schulleitung – alles Frauen – gehören auch die Abteilungsleiterinnen. Teamwork also auch bei der Führung.

Sich intensiv um jeden Einzelnen zu kümmern und nebenbei noch Teamtreffen zu besuchen, kostet Arbeit. "Aber sie macht sich bezahlt", findet Kosmetik-



raum hängen Zettel mit den des Beratungsteams der ungslehrerinnen – eine ist



Im Lernfeld "Dekorative Maßnahmen" der Abteilung "Körperpflege" an der ESS werden auch Kosmetikerinnen ausgebildet. Manchmal gehen sie nach draußen: Hausbesuche im Seniorenheim zum Beispiel. Auch das gehört zum eigenverantwortlichen Lernen – einem der Mosaiksteine des Konzepts der preisgekrönten Schule.

Fachpraxislehrerin Katja Doerries. "Unsere Schulabgänger werden sehr gern als Auszubildende und Praktikanten genommen", weiß sie. Die Abgänger-Statistik belegt das. Zum Beispiel hat sich die Zahl der Bäcker-Azubis innerhalb von vier Jahren verdoppelt. Kai Gudduscheid, der als Fachpraxislehrer die angehenden Friseure im Berufsvorbereitungsjahr betreut, findet die vielen Sitzungen auch anstrengend, aber sinnvoll. "Wir wissen ja, worauf wir uns eingelassen haben." Oberstudienrätin Cornelia Gutsche schätzt den kollegialen Austausch ebenfalls. Die 51-Jährige, die auch Beratungslehrerin ist, hat früher in Bayern gearbeitet. Sie ist seit zehn Jahren an der ESS und "absolut froh, dass ich hier bin".

Gute Rückmeldekultur

Gibt es denn überhaupt keine Probleme? Kosmetikschülerin Anna-Lena muss erst überlegen, bis sie antwortet: "Die Toiletten! Bei uns fließt nur kaltes Wasser." Schulleitungsmitglied Heike von der Fecht hat sofort eine Antwort parat: "Wir haben nie genügend Lehrer und bräuchten mehr Räume." Zumindest das Raumproblem dürfte sich lösen, wenn die ESS in etwa vier Jahren einen Neubau bekommt. Erst danach will die Schule endgültig entscheiden, was sie mit den 100 000 Euro Preisgeld macht.

Montagmittag, die "Dalton"-Stunde ist vorbei. Lehrerin Kessler erzählt noch kurz, dass sie schon seit 20 Jahren jeden Tag zu der Hamelner Schule pendelt: eine Stunde hin, eine Stunde zurück. Die 52-Jährige könnte auch woanders arbeiten, doch sie bleibt der ESS treu.

Allein schon wegen der "guten Rückmeldekultur". Da heißt es nicht: "Du hast etwas falsch gemacht!", sondern: "Wie können wir es besser machen?" Ihr Fazit: "Ich glaube, dass man hier lange gesund bleiben kann."

Eckhard Stengel, freier Journalist



Der Deutsche Schulpreis

Die Preisträgerin

Die berufsbildende Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln, südwestlich von Hannover, unterrichtet 2 000 Jugendliche in den Berufsfeldern Agrarwirtschaft, Ernährung/Hauswirtschaft, Körperpflege, Gesundheit/Pflege und Sozialpädagogik. Die Schülerinnen und Schüler aus über 30 Nationen können alle Abschlüsse bis zum Abitur erlangen. Unterrichtet werden sie von 140 Lehrkräften an drei Standorten. Benannt ist die Schule nach der Juristin und SPD-Politikerin Elisabeth Selbert (1896–1986), die zu den Müttern des Grundgesetzes zählt.

Der Schulpreis

Seit 2006 vergeben die Robert-Bosch-Stiftung und die Heidehof-Stiftung alljährlich den Deutschen Schulpreis, die höchstdotierte Auszeichnung dieser Art hierzulande. Der Hauptpreis ist mit 100 000 Euro dotiert; die fünf Nebenpreisträger erhalten je 25 000 Euro. In der Jury sitzen zehn Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Behörden. Bewertet werden sechs Qualitätsbereiche: "Leistung", "Umgang mit Vielfalt", "Unterrichtsqualität", "Verantwortung", "Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner" sowie "Schule als lernende Institution".



Raus aus der Abseitsfalle

// Die berufsbildenden Schulen stehen überraschend im Rampenlicht: Sie sollen raus aus dem Abseits, ja sogar ins Zentrum der Bildungspolitik. Alles nur schöne Worte? Hoffentlich nicht. Denn: Zu tun gibt es genug. //

Das war ein guter Sommer für die berufsbildenden Schulen, an denen 2,5 Millionen junge Menschen lernen. In Stuttgart, auf dem Kongress der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Berufsbildung, legten die 16 Bildungsministerinnen bzw. -minister, die Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB ihre Erklärung "Gemeinsam für starke Berufsschulen in der digitalen Welt"* vor. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, brachte es auf den Punkt: "Die berufsbildenden Schulen gehören ins Zentrum der Bildungspolitik. Sie brauchen eine moderne technische Ausstattung, frisch sanierte Gebäude und mehr Lehrkräfte-Nachwuchs." Nach Auffassung von Susanne Eisenmann (CDU), Kultusministerin in Baden-Württemberg und aktuell Präsidentin der KMK, ist es absolut angemessen, das berufliche Schulwesen "nach über 20 Jahren wieder in den Mittelpunkt der Kultusministerkonferenz zu stellen". Noch in diesem Jahr will die KMK in einem Strategiepapier Akzente setzen. Das Dreierbündnis betont die "gemeinsame Verantwortung" für die Leis-

tungs- und Innovationsfähigkeit der

Berufsschulen. Sie sollen deshalb "gute Rahmenbedingungen erhalten, um flexibel und schnell auf neue Anforderungen reagieren zu können", heißt es in der Erklärung.

Die rund 3 500 berufsbildenden Schulen stehen vor vielen Herausforderungen: Eine äußerst heterogene Schülerschaft verlangt großen Einsatz von den Lehrkräften, der sich verschärfende Lehrermangel – gerade in den technischen Fachbereichen - erfordert viel Improvisationsvermögen, und es besteht ein beträchtlicher Modernisierungsbedarf bei den Gebäuden. Auch aus der Digitalisierung ergeben sich rasch wandelnde Anforderungen an die Professionalität der Lehrkräfte sowie die schulische Ausstattung. Zudem sei es dringend erforderlich, so die gemeinsame Erklärung, "bedarfsgerechte Berufsschulangebote, auch in ländlichen Regionen, zu erhalten".

Die GEW begrüßt, dass sich die KMK nach zwei Jahrzehnten auf die berufliche Bildung fokussiert. Über die Berufsschule und die duale Ausbildung hinaus müssten aber alle Gebiete der beruflichen Bildung gestärkt werden. So verdienten beispielsweise die gut 170 000 jungen Menschen, die sich jährlich für eine Ausbildung in den vollzeitschulischen Berufen insbesondere des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens entscheiden, mehr Anerkennung. Die GEW sieht die Länder in der Pflicht,

wirklich konkrete Maßnahmen für die berufsbildenden Schulen einzuleiten. Gerade beim Lehrer-Nachwuchs sieht Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, großen Handlungsbedarf. "Neben der Stärkung der originären Lehramtsausbildung für die beruflichen Schulen und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird es eine Weile noch Maßnahmen des Quer- und Seiteneinstiegs geben müssen. Diese dürfen aber das originäre Lehramt nicht aushöhlen. Im ,Zukunftsforum Lehrer_innenbildung' haben wir eine klare Richtung formuliert."

Grundlegender Neustart

In die gleiche Richtung gehen Vorschläge der IG Metall, die die zentrale Bedeutung der Berufsschulen für die Qualität digitaler Lernprozesse betont. Mit neun Forderungen** will die Gewerkschaft die Schulen raus aus der Abseitsfalle holen und sie fit für die Zukunft machen: Unter dem Dach einer "Investitionsoffensive Berufsschule" soll es ein Bundesprogramm "Berufsschule der Zukunft" geben. Damit bekämen die kommunalen Schulträger die Chance, den Sanierungsstau aufzulösen. Das Programm "Digitale Medien in der beruflichen Bildung" gelte es aufzustocken und ein Bundesprogramm "Lernfabrik für die digitale Arbeitswelt" zu schaffen. Schließlich fordert die IG Metall ein

Bund-Länder-Programm "Pro Lehramt Berufsschule". Von den Lockerungsübungen zwischen Bund und Ländern beim Kooperationsverbot könnten auch die beruflichen Schulen profitieren - durch einen Teil der fünf Milliarden Euro, die das geplante Sonderprogramm DigitalPakt#D den bundesweit 40 000 Schulen für Digitalisierung zur Verfügung stellen soll. SPD-Bildungspolitiker Ernst Dieter Rossmann geht noch einen Schritt weiter und fordert einen "Berufsschulpakt".

Und, quasi als Sahnehäubchen zur Aufbruchsstimmung passend, vermeldete der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) einen Traumwert: 86 Prozent der Betriebe seien mit der Arbeit der Berufsschulen "zufrieden oder sehr zufrieden". Das hat eine Erhebung bei knapp 11 000 Unternehmen ergeben. Befragt nach Verbesserungspotenzialen wünschen sich 63 Prozent eine intensivere Kommunikation zwischen Schule und Betrieb - bei der Lernort-Kooperation ist also noch Luft nach oben. 37 Prozent der Ausbildungsbetriebe fordern weniger Unterrichtsausfall.

Geflüchtete fit machen

Richtig losgelegt haben die berufsbildenden Schulen damit, Geflüchtete auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorzubereiten. Inzwischen wissen alle Akteure: Gehen junge Geflüchtete mit unzureichenden Sprachkenntnissen in die Ausbildung und gibt es keine Begleitung während der Lehre, scheitern sie in aller Regel. Um während der Berufsausbildung mitzuhelfen, hat beispielsweise Bayern einen zusätzlichen halben Berufsschultag eingeführt. Hinzu kommen die Angebote für berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge (BAF). Das sind Berufsintegrationsklassen in einem zweijährigen Vollzeitmodell zum Spracherwerb und zur Berufsvorbereitung. Festzuhalten ist, dass sich plötzlich Politik, Öffentlichkeit, Gewerkschaften

und Arbeitgeber für die berufsbildenden Schulen interessieren. Das lässt die Verantwortlichen vor Ort, die lange mit ihren Problemen alleingelassen wurden, hoffen. Vor allem, wenn die Begeisterung anhält und sich in konkreter Unterstützung niederschlägt. In der KMK haben die beruflichen Schulen immerhin den Aufstieg geschafft: Bisher spielte der "Ausschuss für Berufliche Bildung" (ABBi) in der bildungspolitischen Arbeit der KMK eher in der zweiten Liga. Seit dem Frühjahr ist das anders: Nun ist der ABBi einer der fünf gleichberechtigten Hauptausschüsse. Etwas mehr als nur Kosmetik dürfte es allerdings schon sein, wenn es jetzt um die Generalüberholung der berufsbildenden Schulen geht.

Klaus Heimann. freier Journalist

*KMK/BDA/DGB: bit.ly/dgb-pm

**IG Metall: bit.ly/igm-berufsschulen



Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik 2017/2018





Gemeinsam die Welt in Bewegung setzen!

Mit dem neuen Thema der 8. Runde des Schulwettbewerbs zur Entwicklungspolitik sind Ihre Schülerinnen und Schüler aufgerufen, kreative und nachhaltige Handlungsideen für die EINE WELT zu entwickeln und gemeinsam umzusetzen. Kinder und Jugendliche aller Jahrgangsstufen und Schulformen haben die Möglichkeit, Beiträge zum Thema "Verantwortungsvoll handeln. Miteinander gestalten!" einzureichen und attraktive Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro zu gewinnen. Egal ob Fotos, Texte, Videos, Kunst oder Musik: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Einsendeschluss: 1. März 2018 Mehr Infos unter: www.eineweltfueralle.de

Durchgeführt von:



Individualität wertschätzen

// Auch an berufsbildenden Schulen ist inklusiver Unterricht möglich. Dafür müssen aber nicht nur Raumkonzepte und Lernmaterialien angepasst werden. Pädagoginnen und Pädagogen brauchen genügend Kapazitäten, um alle Jugendlichen individuell fördern zu können. //

Sich mit inklusivem Unterricht in beruflichen Schulen zu beschäftigen, setzt einige Überlegungen voraus. Zunächst ist der Inklusionsbegriff zu klären. Um nicht nur gemäß der UN-Behindertenrechts-

konvention jungen Menschen mit anerkannten Behinderungen die Teilhabe an einer Berufsausbildung zu ermöglichen, sondern allen Ausbildungsinteressierten – d. h. auch jenen, die aufgrund ihrer Schulabschlüsse, ihrer sozialen oder regionalen Benachteiligungen, ihrem Migrations- oder Fluchthintergrund keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden –, wird Inklusion hier im erweiterten Sinne der UNESCO verstanden. So könnten alle Ausbildungsinteressierten unmittelbar nach ihrem allgemeinbildenden Schulbesuch eine Berufsausbildung beginnen. Dies setzt allerdings voraus, dass neben Betrieben auch berufliche Schulen und außerbetriebliche Einrichtungen Ausbildungsplätze anbieten können. Die dort erreichten Qualifikationen sollten den Auszubildenden bei einem Wechsel zwischen den Lernorten auf die Ausbildung angerechnet werden. Alle Lernorte sollten die Jugendlichen über individualisierte Lehr-Lern-Arrangements ihren individuellen Stärken und Schwächen entsprechend fördern.

An beruflichen Schulen ist gemeinsames Lehren und Lernen in heterogenen Klassen, d. h. so verstandener inklusiver Unterricht, nur unter den folgenden Bedingungen zu realisieren:

"Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion"

Im Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom Juni 2015 wird ein systematischer Umbau des gesamten Bildungssystems im inklusiven Sinne gefordert*. Zu den Voraussetzungen, unter denen berufsbildende Schulen den Weg zur Inklusion beschreiten können, gehören:

- eine Ausbildungsplatzgarantie für alle,
- eine differenzierte organisatorische Gestaltung der Berufsausbildung,
- eine exklusive Strukturen ablösende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes,
- die Abschaffung der Ausbildungsregelungen für "Helferberufe" insbesondere sind Ausbildungsordnungen so zu gestalten, dass erst am Ende einer Ausbildung der entsprechende Abschluss vergeben und nicht zu Beginn der Ausbildung eine Differenzierung vorgenommen wird,
- die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen,
- eine multiprofessionelle Teamentwicklung,
- regelmäßige und nachhaltig angelegte Aus-, Fort- und Weiterbildungen für alle Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte an berufsbildenden Schulen sowie alle an Ausbildung in Betrieben Beteiligten.

In ihren auf dem Gewerkschaftstag 2017 in Freiburg beschlossenen Leitlinien zur Lehrkräftebildung (s. E&W 6/2017) fordert die GEW: "Eine inklusive Schule braucht kompetentes Personal für einen diversitätssensiblen Umgang mit erschwerten Entwicklungs-, Lern- und Sozialisationsprozessen sowie schulischen Erziehungs- und Bildungsprozessen, was als Fach studiert werden kann. Dies sind zum einen spezifische Entwicklungsbereiche und zum anderen Deutsch als Zweitsprache bzw. Deutsch als Fremdsprache sowie Familien- und Herkunftssprachen. Je einer dieser Bereiche kann anstelle eines zweiten Unterrichtsfaches im Sekundarstufenlehramt, im Lehramt an berufsbildenden Schulen bzw. anstelle eines Lernbereiches im Primarstufenlehramt studiert werden." Wir arbeiten daran, dass dies in den Landesgesetzen zur Lehrkräftebildung und in den berufspädagogischen Studienordnungen der Hochschulen umgesetzt wird.

Ralf Becker,

Vorsitzender GEW-Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen



*Weitere Infos: www.gew.de/Weg-zur-Inklusion

Strukturelle Voraussetzungen

Schülerinnen und Schüler ihren individuellen Voraussetzungen gemäß zu fördern, erfordert binnendifferenzierten Unterricht, in dem Lehrkräfte mit einem entsprechenden Personalschlüssel im Team mit sozial- und sonderpädagogischen Fachkräften unterrichten. Alle Teammitglieder sind von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, damit sie ihre Arbeitszeit für die individuelle Förderung der Jugendlichen verwenden können - und zudem Kapazitäten haben, um sich mit Beratungsstellen oder sozialen Diensten zu vernetzen, damit sie die jungen Menschen bei Bedarf dorthin vermitteln können. Raumkonzepte und Lernmaterialien sind an den binnendifferenzierten Unterricht anzupassen.

• Kulturelle Voraussetzungen

Im Zentrum von Schulentwicklung sollte eine Schulkultur stehen, in der nicht nur die Jugendlichen, sondern alle Mitglieder der Schule – pädagogisches Personal ebenso wie die in Leitung, Verwaltung und im Gebäudemanagement Tätigen – in ihrer Individualität wertgeschätzt werden. Ferner wäre ein Selbstverständnis zu entwickeln, nach dem nur in gemeinsamer Anstrengung aller Schulmitglieder die Leistungen und Lebenssituationen der Jugendlichen verbessert werden können. Zudem müssen die Schülerinnen und Schüler an allen relevanten Entscheidungsgremien be-

Die Habichtswald-Klinik ist eine Klinik der Wicker-Gruppe.



Inklusiver Unterricht an den Berufsschulen – gibt es den schon? Zumindest gibt es Vorstellungen, unter welchen Voraussetzungen er zu realisieren wäre. Wichtig dabei: die Schülerinnen und Schüler in allen Entscheidungsgremien zu beteiligen nach dem Motto "Sprecht nicht über uns, sondern mit uns!"

teiligt sein, nach dem Motto: "Sprecht nicht über uns, sondern mit uns!"

• Personelle Voraussetzungen

Lehr- und sozial- sowie sonderpädagogische Fachkräfte sollten die individuellen Lernvoraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schüler anerkennen, wertschätzen und sie als Ressource im binnendifferenzierten Unterricht nutzen. Sie sollten in multiprofessionellen Teams unterrichten und den einzelnen Jugendlichen regelmäßig präzises, wertschätzendes und Lernchancen aufzeigendes Feedback geben. Dies setzt voraus, Unterrichtsziele und Benotungskriterien transparent zu kommunizieren und die Schülerinnen und Schüler durch individuelle Beratung so zu unterstützen, dass sie diese Ziele erreichen können.

Schulpolitik ist dafür verantwortlich, die skizzierten Voraussetzungen für inklusiven Unterricht zu schaffen. Daneben sind Fortbildungen für Schulleitungen sowie Lehr-, sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte notwendig. Nicht zuletzt sollte die inklusive Gestaltung des Unterrichts in beruflichen Schulen sowie der gesamten Berufsausbildung in pädagogischen Studiengängen stärker als bisher thematisiert werden.

Prof. Ruth Enggruber,
Professorin für Erziehungswissenschaften
an der Hochschule Düsseldorf



* aus dem deutschen Festnetz



Perspektiven bieten

Seit Jahren gibt es eine Dynamik in der beruflichen Ausbildung. Die Berufsbildungspolitik würdigt gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Industriegewerkschaften das Flaggschiff der Berufsbildung in Deutschland, das duale System, und unterstützt es mit Pakten und Allianzen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Ausbildungsverträge, und immer mehr Betriebe ziehen sich aus der Ausbildung zurück. Erstaunlich: Da bedauern die Akteure aus Politik und Wirtschaft öffentlich, dass immer weniger junge Menschen im dualen System ausgebildet werden - allein zwischen Mitte des vergangenen und Mitte dieses Jahrzehnts gut 37 000, das sind 7,2 Prozent. Aber sie erkennen nicht, dass im selben Zeitraum die Zahl junger Menschen, die sich für eine vollzeitschulische Berufsausbildung in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen entscheiden, um knapp 32 000 (gleich 22,2 Prozent) gestiegen ist! Auch für diese zukunftsentscheidenden Dienstleistungsberufe - hier arbeiten überwiegend Frauen - brauchen wir Allianzen und Pakte, um die Qualität der Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu verbessern!

Die Öffentlichkeit nimmt im Wesentlichen wahr, dass immer mehr junge Menschen studieren. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger ist zwischen Mitte des vergangenen und Mitte dieses Jahrzehnts um knapp 145 000 junge Menschen, das entspricht fast 40 Prozent (!), gestiegen. Für die Bildungsgewerkschaft ist das jedoch kein Beleg, dass berufliche Abschlüsse entwertet werden. Diese Entwicklung ist vielmehr eng mit dem individuellen Wunsch der Lernenden nach gesellschaftlichem Aufstieg zu erklären. Hier sind vor allem die Arbeitgeber gefordert: Statt über einen Fachkräftemangel zu klagen, müssen sie gute Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven für beruflich Qualifizierte bieten und die berufliche Ausbildung attraktiver gestalten. In der Debatte um die sogenannte Akademisierung (s. S. 18 f.), dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass nach wie vor mehr als 1,9 Millionen jun-

ge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss haben. Der sogenannte Übergangsbereich, der nicht auf einen Berufsabschluss abstellt, ist bis zum Jahr 2013 kleiner geworden. Seitdem ist die Zahl junger Menschen, die hier landen, jedoch wieder auf knapp 300 000 angewachsen. Dies macht deutlich, dass wir dringend eine Ausbildungsgarantie brauchen, wie sie die GEW seit langem vorschlägt. Unser Nachbar Österreich zeigt bei sonst ähnlichen Bildungsbedingungen, dass die Umsetzung einer solchen Garantie ohne revolutionäre Veränderungen möglich ist.

Die im internationalen Vergleich als erfolgreich geltende berufliche Bildung in Deutschland braucht qualifizierte Beschäftigte, um zukunftsfähig zu bleiben. Der seit Jahren bestehende Lehrkräftemangel an berufsbildenden Schulen dürfte sich in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen, wenn die zuständigen Länder - wie von der GEW seit Jahren angemahnt nicht entschieden gegensteuern: Wenig Nachwuchs und hohe Pensionierungszahlen bilden ein hochexplosives Gemisch. Woher soll der Nachwuchs kommen, wenn die Arbeitsbedingungen und der Verdienst, insbesondere im Vergleich mit der privaten Wirtschaft, immer unattraktiver werden? Die GEW macht sich für eine deutliche Verbesserung sowohl der Arbeits- als auch der Ausbildungs- bzw. Studienbedingungen stark, damit die wichtige berufspädagogische Arbeit in den berufsbildenden Schulen wieder als lohnende berufliche Perspektive geschätzt wird.

Ansgar Klinger,

GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung



Kurzfilmportal Umweltbildung www.filme-umweltbildung.de

ALLE FILME IM ÜBERBLICK

Draußen unterwegs mit Jan Haft:

- Fahrspurtümpel
- Frühlingsblüher im Auwald
- Gewölle
- Hecke
- Amphibien
- Biber
- Pilze
- Beeren
- Spinnen in Garten und Haus
- · Spinnen als Jäger

Unterwegs im Moor mit Jan Haft:

- Wollgras
- Dungmoos
- Sonnentau
- Tarnversteck
- Torfmoos

Außerdem: Naturschutz praktisch - Herdenschutz in der Slowakei





Mit Bauchschmerzen in den A

// Jeder vierte Ausbildungsvertrag bundesweit wird vorzeitig aufgelöst. Was sind die Gründe? Wer bietet Unterstützung? Ein Report. //

Zum Schluss fuhr sie morgens mit Bauchschmerzen zur Arbeit. "Ich lernte nichts mehr dazu", erklärt Lara, Auszubildende des Friseurhandwerks in Köln. Die 23-Jährige vermisste, "dass man sich mit mir beschäftigt". Auch das Betriebsklima und der Umgangston gefielen ihr nicht. Lara kündigte den Ausbildungsvertrag - und wechselte den Betrieb. "Die jungen Leute gehen mit falschen Vorstellungen ins Berufsleben", findet Hartmut Koch. Er leitet einen Hotel- und Restaurantbetrieb in Jena. "Sie kennen nur die Edelgastronomie aus dem Fernsehen." Und glaubten, "ich bediene den ganzen Abend nur zehn Leute und kann mir Zeit lassen". Auch das sei ein Grund,

warum viele Auszubildende in seiner Branche nicht durchhielten. Die Schulleiterin einer berufsbildenden Schule in Nordrhein-Westfalen berichtet: "Es gibt Betriebe, die einen Ausbildungsplatz mit mehreren Auszubildenden besetzen." Nach Ablauf der Probezeit dürfe aber nur einer bleiben. Sie spricht von "Probeausbildungsverhältnis". Was bedeutet: Konkurrenzkampf ab dem ersten Tag.

Verträge vorzeitig aufgelöst

Drei Stimmen, drei Fallbeispiele. Sie machen deutlich, wie vielfältig die Ursachen dafür sind, dass 2015 bundesweit 142 275 Ausbildungsverträge vorzeitig gekündigt wurden. Das entspricht 24,9 Prozent aller Verträge. Gut zwei Drittel der Trennungen finden im ersten Ausbildungsjahr statt. "Etwa die Hälfte aller Personen mit vorzeitiger Vertragsauflösung schließt erneut einen

Ausbildungsvertrag im dualen System ab", berichtet Alexandra Uhly vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn. Laut BIBB betrug die Auflösungsquote 2015 bei Restaurantfachleuten 49,6 Prozent, gefolgt vom Friseurhandwerk (48,6 Prozent), von Fachkräften für Schutz und Sicherheit (48,3 Prozent) und Köchinnen/Köchen (48,1 Prozent). Kaum Vertragsauflösungen gab es bei Verwaltungsfachangestellten (3,6 Prozent), Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (fünf Prozent) und Notarfachangestellten (5,1 Prozent). Auszubildende ohne deutsche Staatsbürgerschaft waren stärker betroffen (33 Prozent) als Azubis, die einen deutschen Pass haben (24,2 Prozent).

"Nicht reif genug"

Eine Baustelle in Jena. Der 21-jährige Roland lernt Maurer im zweiten Lehrjahr. Tief gebückt steht er im Keller des Altbaus und verlegt Armierungseisen. "Dann wird Beton reingegossen", erklärt er. So entstehe ein neuer Fußboden, der Keller werde zum Wohnraum. Der angehende Maurer erzählt: "In meiner Berufsschulklasse gab es sechs oder sieben Leute, die gegangen sind." Dass sich junge Menschen in der handwerklichen Ausbildung schwertun, kann Rolands Chef Thomas Heppner gut verstehen. In der Schule, so der Bauunternehmer, gehörten sie noch zu den Großen, bewundert von den Jüngeren. "Dann kommst du in den Betrieb und kriegst erst einmal einen Besen in die Hand." Das sei "ein völlig anderes soziales Umfeld", so der 52-Jährige. Weiterer Punkt: "Die Auszubildenden stehen beim Mauern neben Kollegen, die das schon 40 Jahre machen." Da komme ein "Gefühl der Endgültigkeit" auf. Häufiger Impuls: "Das kann es doch nicht sein." Heppner schaut deshalb genau hin, bevor er einen Ausbildungsplatz besetzt: "Ich nehme keinen, der direkt von der Schule kommt." Die seien "nicht reif genug".

Laut "Ausbildungsreport 2016" des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kritisieren 19,3 Prozent der Azubis "in



usbildungsbetrieb

hohem Maße" oder "in sehr hohem Maße" den Leistungs- oder Zeitdruck. In dieser Gruppe überlegen 36,5 Prozent "immer oder häufig", ob sie die Ausbildung abbrechen sollten. Nach aktuellen Zahlen – veröffentlicht im "Ausbildungsreport 2017" – besteht weiter Handlungsbedarf. Demnach werden 10,3 Prozent der Auszubildenden "selten" oder "nie" von der Ausbilderin oder dem Ausbilder betreut. Außerdem: 11,5 Prozent sind gezwungen, "häufig"

oder "immer" ausbildungsfremde Tätigkeiten auszuüben. Werde ein Vertrag aufgelöst, sei dies "ein gravierender Einschnitt", betont DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte. "Zu dem Gefühl, persönlich gescheitert zu sein, kommt oft die Angst vor prekären Arbeitsverhältnissen." Deshalb, so Conte, brauchten Azubis in solchen Situationen unbedingt Hilfe.

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Unterstützungsangebote

Viele Programme und Projekte zielen darauf, Auszubildende und Betriebe zu unterstützen. Eine Auswahl:

"Ausbildungsbegleitende Hilfen" (abH) nach Sozialgesetzbuch III. Bildungsträger erhalten von der örtlichen Arbeitsagentur den Auftrag, dem gefährdeten Jugendlichen Nachhilfeunterricht zu geben oder ihn sozialpädagogisch zu begleiten. Anträge stellt der Ausbildungsbetrieb, die Berufsschullehrkraft oder der Jugendliche:

www.arbeitsagentur.de/bildung/ausbildung/ausbildungsbegleitende-hilfen

"Assistierte Ausbildung" (AsA), ebenfalls nach Sozialgesetzbuch III; weiteres Angebot der Arbeitsagenturen. Dieses Programm bietet auch Unterstützung für den Betrieb, etwa bei Konflikten mit dem Auszubildenden: www.bibb.de/de/1301.php

"Prävention von Lehrabbrüchen" (PraeLab), Angebot der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Kooperation mit BA und örtlichen Arbeitsagenturen. Auszubildende füllen einen Online-Fragebogen aus. So wird unter anderem ermittelt, wo sich eine Konfliktsituation abzeichnet – damit Lehrkräfte und Ausbilder rechtzeitig eingreifen können. PraeLab hat auch zum Ziel, Bildungspersonal besser zu qualifizieren: www.praelab-hdba.de

"Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen" (VerA), eine Initiative der Stiftung "Senioren Experten Service (SES)" in Bonn. Ehrenamtliche Ausbildungsbegleiter "beantworten fachliche Fragen, begleiten Übungen für die Berufspraxis, unterstützen die Vorbereitung auf Prüfungen", heißt es auf der VerA-Website.

Für Auszubildende und Betriebe kostenlos: http://vera.ses-bonn.de

"Abbruch vermeiden. Wie gelingt die duale Ausbildung?"

45-Minuten-Film des Bildungsjournalisten Paul Schwarz im Auftrag der BA. Die DVD kostet 15 Euro plus 1,45 Euro Porto. Zu bestellen bei: schwarzpaul@t-online.de M.H.-L.





AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



- * Depressionen
- * Angststörungen
- * Chronische Schmerzen
- * Traumafolgestörungen
- * Burnout
- * Lebenskrisen
- * Hochfrequente Therapien
- * Herzlichkeit und Mitgefühl
- * Individualität in familiärem Kreise
- * 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee 0 75 24 990 222 (auch am Wochenende) www.akutklinik.de





Das Flaggschiff schlingert

// Mancher preist die berufliche Bildung und das duale System mit dem Zusammenspiel von Betrieb und Berufsschule gern als "Flaggschiff der deutschen Bildungspolitik". Doch Vorsicht: Reformen sind mehr als überfällig, soll das vermeintliche "Flaggschiff" nicht bald auf Grund laufen. //

In der Tat: In kaum einem anderen Industriestaat gelingt jungen Menschen der Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem so verhältnismäßig reibungslos wie in Deutschland. Und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist hierzulande deutlich geringer als in anderen Staaten der Europäischen Union (EU).

Verfechter des dualen Systems, allen voran Wirtschaftsverbände, Industriegewerkschaften und Politiker, führen dies auf das in Deutschland althergebrachte System der beruflichen Bildung zurück: Praxis lernt man im Lehrbetrieb – die Berufsschule vermittelt die Theorie. Angeblich wird dieses deutsche duale System weltweit hochgelobt – doch kein anderer Staat hat es bisher (erfolgreich) kopiert.

Großteil will Ausbildung

Zum vergangenen Herbst haben Handwerk, Handel und Industrie 520 000 neue Lehrverträge abgeschlossen. Zugleich starteten 220 000 junge Menschen eine Ausbildung im berufsqualifizierenden Schulsystem – etwa mit dem Ziel, Krankenschwester, Pfleger oder

Erzieherin/Erzieher zu werden. Diesen 740 000 berufspraktisch Auszubildenden standen 420 000 Studienanfängerinnen und -anfänger gegenüber, die in Deutschland ihre Hochschulreife erworben haben - lässt man einmal die sogenannten "Bildungsausländer" und Gaststudenten aus nicht EU-Ländern außen vor. Der Großteil der in der Bundesrepublik lebenden jungen Menschen strebt also allen Unkenrufen zum Trotz nach wie vor seinen Einstieg ins Arbeitsleben über eine berufliche Ausbildung an. Das häufig unreflektierte Gerede über einen vermeintlichen "Akademisierungswahn" entpuppt sich als Stammtischfiktion. Auch unter dem Aspekt, dass in der Regel das funktionierende berufsqualifizierende Schulsystem mit seinen rund 220 000 Neustartern pro Jahr in

den Debatten um angeblich zu hohe Studienanfängerquoten und ein "Ausbluten der beruflichen Bildung" völlig unterschlagen wird. Selbst im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung findet es nur am Rande Erwähnung – wie jetzt erstmals die Pflegeberufe.

Schattenseiten

Lange Zeit galt die betriebliche Berufsausbildung als Erfolgsmodell. Doch wo Licht ist, gibt es auch Schatten – in den letzten Jahren immer mehr:

- Die Zahl der jährlich von den Unternehmen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge geht seit 2011 trotz robuster Konjunktur kontinuierlich zurück.
- Immer weniger Betriebe beteiligen sich an der Berufsausbildung. Vor zehn Jahren stellte noch jedes vierte Unternehmen Auszubildende ein, heute ist es nur noch jedes fünfte.
- Im vergangenen Herbst konnten erneut rund 20 000 Jugendliche von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis zum gesetzlichen Stichtag 30. September nicht auf eine Lehrstelle vermittelt werden. Und wie in den Jahren zuvor fanden weitere rund 60 000 junge Menschen, die sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz beworben hatten, zwar eine Alternative z. B. weiterer Schulbesuch oder Studium -, hielten aber ihren Vermittlungswunsch auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz gegenüber der Arbeitsagentur aufrecht. Etwa ein Drittel dieser insgesamt 80 000 unversorgten Lehrstellenbewerber verfügt über die Hochschulreife.
- Wirtschaft und Bundesregierung klagen darüber, dass im vergangenen Herbst 43 500 angebotene Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten – überwiegend im Hotel- und Gaststättenbereich, im Lebensmittelhandwerk (Fleischer, Bäcker) und in Friseurbetrieben.

Es handelt sich zum Teil um Branchen mit unzureichenden Tarifvereinbarungen und geringen Vergütungen, massiven Qualitätsproblemen sowie hohen Abbruchquoten in der Ausbildung.

- In den Berufsschulen fehlt es an qualifiziertem Lehrkräftenachwuchs. Die Ausstattung dieser Schulen hängt in der Regel von der jeweiligen Finanzkraft der Kommune ab. Ein neues Bund-Länder-Programm, wie in den 1990er-Jahren, ist mehr als überfällig.
- Nach einem deutlichen Rückgang der Neuzugänge im "Übergangssystem" auf unter 250 000 (2014) ist in den vergangenen zwei Jahren wieder ein Anstieg zu verzeichnen aktuell auf knapp 300 000. Hier landen zunächst einmal überwiegend Schulabgänger, die von den Arbeitsagenturen bei den Tests als noch "nicht ausbildungsreif" eingeschätzt werden. Der aktuelle Anstieg wird wesentlich auf Sprachund Integrationskurse für junge Geflüchtete zurückgeführt.
- Die Zahl junger Erwachsener im Alter von 20 bis 34 Jahren ohne jegliche Berufsausbildung ist laut Bundesregierung wieder leicht gestiegen – auf 1,95 Millionen. Damit gilt in dieser Altersgruppe mehr als jeder Siebte als ungelernt (13,4 Prozent).

Auswahlrecht garantieren

"Das Angebot der Betriebe und die Nachfrage der jungen Menschen passen offenbar immer schlechter zusammen", folgert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in seiner Analyse zum Ausbildungsjahr 2016/17. Zu den erheblichen Vermittlungsschwierigkeiten in einzelnen Branchen kommen große regionale Probleme beim Angebot, also ein starkes wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle, zudem besondere Schwierigkeiten in Stadtstaaten wie Berlin und Bremen.

Diese nicht zu bestreitenden "Passungsprobleme" sind zunächst öffentlich schwierig zu vermitteln. Doch nach den jahrelangen Klagen über Zehntausende fehlende Lehrstellen bestimmen in den Medien heute die Schlagzeilen über nicht zu besetzende Ausbildungsstellen das Bild. Selten wird dabei nach der Qualität gefragt. Dabei sollte doch eigentlich ein Überangebot an Ausbildungsstellen mehr als normal sein, um das Verfassungsgebot der freien Wahl von "Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte" (Artikel 12 Grundgesetz) zu garantieren. Das Bundesverfassungsgericht hielt in seinem legendären Urteil zur Beruflichen Bildung Anfang der 1980er-Jahre fest, dass eine Quote von 100 Bewerbern zu 112,5 freien Lehrstellen notwendig sei, um dieses Auswahlrecht zu gewährleisten. Doch eine solche Quote wurde in den vergangenen vier Jahrzehnten nur ein einziges Mal erreicht: 1992 mit 100 Bewerbern auf 118,7 angebotene freie Plätze. Im vergangenen Jahr kamen auf 100 Bewerber bundesweit nur 104,2 freie Plätze - und das bei all den beträchtlichen regionalen wie branchenspezifischen Verwerfungen.

Besonders prekär ist die Lage für Hauptschüler. Nahezu jeder zweite Ausbildungsplatz bleibt ihnen heute wegen höherer Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft verschlossen. Ein Hauptschüler mit Abschluss ist heute im Schnitt 19 Jahre alt, bevor er erstmals einen Lehrvertrag bekommt. Hier rächt sich die jahrzehntelange Hauptschulpolitik vor allem unionsregierter Länder.

Fazit: Das "Flaggschiff berufliche Bildung" schlingert. Es muss aufpoliert werden – nicht nur mit Geld und weniger Ideologie, sondern auch mit mehr Akzeptanz für die schulische berufsqualifizierende Bildung in dafür geeigneten Berufen.

Karl-Heinz Reith, Bildungsjournalist und Fachautor

Zeit für frische Ideen.



Das neue Schulportal der Frankfurter Rundschau.

Jetzt entdecken unter

fr.de/e-w



Spielball für die Wirtschaft

// In Schleswig-Holstein soll künftig nicht mehr das Bildungs-, sondern das Wirtschaftsministerium für berufliche Bildung zuständig sein – ein Novum in der Geschichte der schulischen beruflichen Bildung seit 1945. Offizielles Ziel: die Verzahnung von beruflicher Ausbildung und Arbeitswelt zu optimieren. Doch ist die berufliche Bildung in der Obhut des Wirtschaftsministers wirklich besser aufgehoben? //

Der Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Landesregierung, den CDU, FDP und Grüne im Juni in Schleswig-Holstein geschlossen haben*, sieht ein "Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung SHIBB" in Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums vor.

Als beratendes Gremium, so die Koalitionäre im nördlichsten Bundesland, werde dort ein Kuratorium mit Vertreterinnen und Vertretern der relevanten Ministerien, der Sozialpartner, Schulträger und berufsbildenden Schulen eingerichtet. Dies solle die Verantwortungsgemeinschaft zwischen allen Akteuren der beruflichen Bildung unterstreichen. Dem Institut werde vollständige Eigenständigkeit mit eigenem Haushalts- und Stellenplan gewährleistet. Ebenso solle dort – Kuratorium hin oder her – in Zuständigkeit des Wirtschaftsministers die unteilbare Rechts-, Dienst- und Fach-

aufsicht mit Verwaltung des gesamten Lehrpersonals liegen. Alle Referate der beruflichen Bildung, einschließlich das des Landesseminars Berufliche Bildung, würden in das SHIBB überführt, heißt es im Koalitionsvertrag.

"Krasse Fehlentscheidung"

Als "krasse Fehlentscheidung zu Lasten von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften, aber auch der Qualität in der beruflichen Bildung insgesamt" bezeichnete Astrid Henke, Landesvorsitzende der GEW, diese bundesweit einmalige Zuordnung. Reibungsverluste zwischen Wirtschafts- und Bildungsministerium seien vorprogrammiert. "Die berufliche Bildung gehört genauso wenig ins Wirtschaftsministerium wie Tourismusförderung, Straßenbau oder maritime Wirtschaft ins Bildungsministerium", so die Gewerkschafterin. "Wir brauchen keinen Verschiebebahnhof, sondern eine Stärkung der beruflichen Bildung."

Das im Koalitionsvertrag angeführte Ziel "Verzahnung von beruflicher Ausbildung und Arbeitswelt" ist in Wirklichkeit ein alter Hut: Im dualen System wird durch den gemeinsamen Bildungsauftrag von Berufsschule und Betrieb für die Arbeitswelt ausgebildet, durch die Berufsfachschule ebenfalls. Fachoberschule, Berufliches Gymnasium und Berufsoberschule führen mit beruflichen Qualifikationen zur Studierfähigkeit und ein Studium dann in die

Arbeitswelt. Also eine politische Worthülse?! Den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen wird so zumindest indirekt unterstellt, dass sie bisher nichts mit der Arbeitswelt zu tun hätten.

Berufliche Schulen kommen unter die Kontrolle der Wirtschaft in einer "Verantwortungsgemeinschaft" – was für ein Wort! Ein Blick ins Berufsbildungsgesetz (BBiG) hätte für die Koalitionäre genügt, um zu erkennen, dass die Abstimmung mit der Wirtschaft auch bislang gut geregelt ist: Sie findet in den Berufsbildungsausschüssen bei den Kammern gemäß Paragraf 76 (6) statt. Lehrkräfte haben bei Beschlüssen zu Angelegenheiten der Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung, wenn diese sich unmittelbar auf die Organisation der schulischen Berufsbildung auswirken, Stimmrecht. Der Landesausschuss für Berufsbildung hat nach Paragraf 83 "im Interesse einer einheitlichen Berufsbildung auf eine Zusammenarbeit zwischen der schulischen Berufsbildung und der Berufsbildung [...] sowie auf eine Berücksichtigung der Berufsbildung bei der Neuordnung und Weiterentwicklung des Schulwesens hinzuwirken".

Neue Strukturen

Wenn der Koalitionsvertrag umgesetzt wird, müssen drei Referate – wie auch wegen des "eigenen Haushalts- und Stellenplans" Beschäftigte aus anderen Bereichen – aus dem Bildungsministeri-



Die Verantwortung für die berufliche Bildung soll in Schleswig-Holstein vom Bildungs- (Foto links) ins Wirtschaftsministerium wandern – ein Novum in Deutschland. Viele gute Gründe sprechen gegen diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Grünen.

Das Beispiel Hamburg

Hamburg hat die Schulaufsicht für die Berufliche Bildung 2007 aus der Schulbehörde ausgegliedert und – verwaltungstechnisch gesprochen – einen nachgeordneten Landesbetrieb, das Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB) errichtet. Bereits 2002 hatte der Hamburger Senat einen Versuch gestartet, die öffentlichen Berufsschulen zu privatisieren. Eine gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts sollte die Trägerschaft übernehmen. Das Stiftungskuratorium – in dem überwiegend Wirtschaftsvertreter das Sagen gehabt hätten – sollte auch Entscheidungszuständigkeiten der Schulbehörde übernehmen. Die Pläne stießen jedoch auf heftigen Widerstand sowie verfassungsrechtliche Bedenken – und wurden schließlich fallengelassen.

um ausgegliedert werden. Doppelstrukturen entstehen durch neue Referatsleitungen, also Stellen für "besonders Geeignete". Kritiker befürchten, dass die "Schulfremden" im geplanten Kuratorium dominieren.

Wird doch nicht so heiß gegessen wie gekocht? Der Pressesprecher des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums teilte auf Anfrage mit: "In einem ersten Schritt wird das Referat Berufliche Ausbildung, das mit der Gesamtkoordinierung der betrieblichen beruflichen Ausbildung beauftragt ist, unmittelbar in das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein (MWAVT) verlagert." Jedoch verblieben das Referat Berufsbildende Schulen mit der obersten Schulaufsicht, das Referat Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und das Landesseminar Berufliche Bildung in der Zuständigkeit des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK).

Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt die im Koalitionsvertrag formulierten Pläne offenbar - noch - nicht voll umgesetzt werden, sieht Ansgar Klinger, Leiter des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand, die Entwicklung mit Sorge: "Eine Entstaatlichung durch die Herausnahme der beruflichen Schulen, egal welchen Rechtsstatus sie haben, aus dem Zuständigkeitsbereich eines Bildungsministeriums ist verfassungsrechtlich fragwürdig und wird von der GEW genau beobachtet."

Dieter Hölterhoff Oberschulrat a. D.

*www.ndr.de/nachrichten/schleswigholstein/koalitionsvertrag218.pdf





Vielfalt erlebbar machen! Materialien für Ihren Unterricht

Kulmstr. 9 · 17424 Ostseebad Heringsdorf · Tel.: 038378 59-130 und -591

Fax: 038378 59-585 · E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de



Sie möchten Ihrer Klasse das Thema Inklusion näher bringen? Wir bieten Ihnen kreative Ideen und spannende Materialien für einen lebendigen Unterricht in allen Klassenstufen.

Lassen Sie sich inspirieren unter: www.cbm.de/schulen

Ihre Ansprechpartnerin: Marzena Gergens

Tel.: (06251) 131-295 E-Mail: material@cbm.de



"Abwegiger deutscher Streit"

// Kindern von Nichtakademikern fällt der "Aufstieg" zu höherer Bildung in Deutschland ungleich schwerer als in anderen Industrienationen. Dies belegt der neue Bericht "Bildung auf einen Blick 2017", den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Mitte September veröffentlicht hat. Über Warnungen vor einer angeblichen "Akademikerschwemme" schütteln internationale Bildungsexperten nur den Kopf. //

Nach wie vor hängt der Bildungserfolg eines jungen Menschen in Deutschland stark vom Bildungsstand seiner Eltern ab, konstatieren die OECD-Autoren in ihrem Bildungsbericht*. So stammen zwei Drittel der heute 30- bis 44-Jährigen in Deutschland aus Familien, in denen kein Elternteil einen tertiären Abschluss - also abgeschlossenes Studium oder Meisterbrief - besitzt. Von diesen Menschen erreichten nur 14 Prozent einen Tertiärabschluss. Vom anderen Drittel der Haushalte, solchen mit wenigstens einem tertiär gebildeten Elternteil, schafften es hingegen 40 Prozent (Daten von 2012). "Die Chancen einer positiven Bildungsmobilität sind in der Bundesrepublik eher ungünstig", erklärte OECD-Vertreter Heino von Meyer bei der Vorstellung des Berichts. In vielen anderen Industrienationen, etwa den Niederlanden, in Polen und den skandinavischen Ländern, sei die Zahl dieser "Bildungsaufsteiger" etwa doppelt so hoch wie in Deutschland. Einen möglichen Grund sehen die OECD-Experten darin, dass die Bundesrepublik zu wenig in die Grundausbildung der Schülerinnen und Schüler investiert, also in den Primar- und



Welchen Bildungsweg ein junger Mensch einschlägt, welche "Schulkarriere" er macht, hängt immer noch stark vom Bildungsstand der Eltern ab.

Sekundar-I-Bereich, "wo die entscheidenden Weichen für die Bildungs- und Beschäftigungskarrieren der jungen Menschen gestellt werden", so von Meyer. Während die anderen Industrienationen im OECD-Schnitt 2,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für den Primar- und Sekundar-I-Bereich aufwenden, sind es in Deutschland nur 1,9 Prozent. Auch insgesamt investiert Deutschland in Bildung mit 4,3 Prozent deutlich weniger als die OECD-Staaten im Schnitt. Dieser liegt bei 5,2 Prozent.

Attraktivität verbessern

Das schlägt sich auch in der schlechteren Bezahlung der Lehrkräfte an Grundschulen nieder. GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann verlangte mit Blick auf den OECD-Bericht, dass alle Lehrerinnen und Lehrer als Beamte nach A13 und als Angestellte nach E13 bezahlt werden: "Gerade vor dem Hintergrund des enormen Fachkräftemangels an Grundschulen ist diese Aufwertung ein wichtiger Beitrag, die Attraktivität des Berufs zu verbessern und so mehr junge Menschen für ein Grundschul-Lehramtsstudium zu gewinnen." Zudem seien an diesen Schulen bessere Lernbedingungen und kleinere Lerngruppen dringend erforderlich.

An dem "abwegigen deutschen Streit" über einen angeblichen "Akademisierungswahn" und eine drohende "Akademikerschwemme" werde sich die OECD nicht beteiligen, sagte von Meyer. Bislang haben laut Bericht rund 30 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 in Deutschland einen tertiären Abschluss. Damit liegt die Bundesrepublik deutlich unter dem OECD-Schnitt von 40 Prozent. Zahlreiche Staaten haben sogar Tertiärquoten von 50 Prozent und mehr.

Der OECD-Bericht macht deutlich, dass die Beschäftigungsund Einkommenschancen von Menschen mit einem tertiären Abschluss erheblich größer sind als die von Sekundar-II-Absolventen – also Abitur oder abgeschlossene Lehre: So erziele jeder Vierte mit Tertiärabschluss ein Jahresnettoeinkommen von mehr als 60 000 Euro – während dies mit Sekundar-II-Abschluss nur jeder Zwanzigste schaffe.

Stärker kümmern müsse sich die deutsche Bildungspolitik um die 1,95 Millionen Menschen zwischen 25 und 34 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss, mahnt die OECD. Nur etwa die Hälfte dieser Geringqualifizierten habe Arbeit. Erstmals weist der Bildungsbericht auch Daten zur psychischen Gesundheit und zur Zufriedenheit mit der Beschäftigung aus. Danach klagen doppelt so viele Geringqualifizierte über Depressionen wie Menschen mit Tertiärabschluss – und zwar bei den Männern 16 zu acht Prozent, bei den Frauen 18 zu zehn Prozent.

Karl-Heinz Reith,
Bildungsjournalist und Fachautor



*www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm

Dialog

3/2017



Vier Generationen Bildung

// In den vergangenen 70 Jahren hat sich das Schulsystem gravierend verändert. Vom Aufbruch in den 1960ern über Bildungsexpansion und Reformbewegung, Koedukation und Ausbau der Gesamtschulen in den 1970er-Jahren über die Ganztagsschulen bis zur Inklusion heute – die Themen der

Bildungspolitik waren immer auch Spiegel ihrer Zeit. Deshalb hat Dialog vier Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedlichen Alters zur Diskussion eingeladen: Welche Bildungserfahrungen haben sie gemacht, was hat sie bildungspolitisch bewegt, was wünschen sie sich für die Zukunft? //

E&W: Frau Emig, als Sie 1948 eingeschult wurden, war die Bundesrepublik noch nicht gegründet, die Berlin-Blockade beschäftigte die Politik. Wie haben Sie Ihre Schulzeit erlebt?

Hilke Emig: Es herrschte bitterste Not. Ich erinnere mich an Schulspeisung, Klassen mit 45 Kindern. Irgendwie lief es trotzdem ganz gut. Es gab sehr strenge Lehrerinnen – manche



Hilke Emig, Jahrgang 1942, Grundschullehrerin. Bremen

schlugen sogar – und viel Konkurrenzkampf, aber auch großes Vergnügen. Kriegen spielen auf dem Pausenhof, sich mit den Jungs ärgern. Ich hatte einen tollen jungen Klassenlehrer, der fuhr mit uns auf Klassenfahrt und hat Geländespiele gemacht. Sein Unterricht war frischer, er hat uns direkt angesprochen, statt wie die meisten anderen nur etwas an die Tafel zu schreiben.

E&W: Frau Faulstich-Wieland, war es bei Ihnen ähnlich? Sie sind ja nur sieben Jahre später eingeschult worden.

Hannelore Faulstich-Wieland: Die koedukative Volksschule fand ich auch sehr angenehm. Dann hat mein Klassenlehrer meine Eltern ermutigt, mich auf eine weiterführende Schule zu schicken, obwohl ich aus einer Arbeiterfamilie komme. Ich schaffte die Aufnahmeprüfung. Diese Schule war nicht mehr koedukativ, die soziale Selektion extrem. Beides ein Schock für mich. Nur ein Junge und zwei Mädchen sind zum Gymnasium oder Lyzeum gegangen, wenige auf die Realschule, alle anderen blieben auf der Volksschule. Ich weiß noch, wie mein

Vater vom ersten Elternabend am Lyzeum kam und schimpfte: "Da gehe ich nie wieder hin."

E&W: Wieso?

Faulstich-Wieland: Es war diskutiert worden, ob die Aufnahmeprüfung abgeschafft werden soll. Die meisten Eltern waren strikt dagegen: "Wollt ihr denn, dass euer Kind neben einem Arbeiterkind sitzt?" Von den 60 Schülerinnen meines Jahrgangs haben dann nur 20 das Abitur geschafft. Raus fielen vor allem die sozial Benachteiligten. Deshalb habe ich mich später für Chancengerechtigkeit engagiert.

E&W: Haben Ihre Eltern Sie unterstützt?

Faulstich-Wieland: Meine Eltern haben mir viel Selbstständigkeit zugetraut. Das hat mich gestärkt. In der 11, das war 1965, durfte ich sogar für ein Jahr nach Kalifornien auf eine Schule.



Prof. Hannelore Faulstich-Wieland, Jahrgang 1948, Erziehungswissenschaftlerin, Hamburg

Emig: Unterstützung gab es bei mir gar nicht. Ohne Unterstützung der Eltern aber konnte man zu meiner Zeit nicht den Beruf ergreifen, den man wollte. Es gab ja keine Förderung wie BAföG. Kostümbildnerin? "Nein", sagte meine Mutter. "Mach was Sicheres." Also bin ich Lehrerin geworden. Umso mehr habe ich mich später frauenpolitisch engagiert. Mädchen fördern, formale Koedukation zu einer geschlechterbewussten Bildung weiterentwickeln, das war mir wichtig.

Faulstich-Wieland: Mich hat zunächst die Idee bewegt, mit der Gesamtschule die extreme Selektion zu überwinden, die ich als Kind erlebt hatte. Auch Koedukation hat mich beschäftigt. Nach der Geburt meines ersten Sohnes traten Genderthemen in den Vordergrund. Als erwerbstätige Mutter wurde man ja mit vielen Vorurteilen konfrontiert. Mit "Rabenmutter" fing es an.

Emig: Ohnehin stand man oft alleine da. Ich war Lehrerin, junge Mutter und für alles allein zuständig. Schule, Kinder, Haushalt, irgendwann verschwand der Ehemann ganz. Meine Schlussfolgerung: Widerstand leisten gegen die männliche Vorherrschaft und sich selbst Freiräume schaffen. Kindergärten waren Mangelware. Mit ein paar Leuten habe ich damals den ersten antiautoritären Kinderladen in Bremen gegründet.

Sabine Banko-Kubis: Ich musste gerade an vielen Stellen grinsen. Ich bin 20 Jahre jünger, aber Chancen- und Gendergerechtigkeit sind für mich genauso die zentralen Themen. Auch ich habe einen Kinderladen gegründet, 1992, weil es da immer noch nicht genug Kitas gab, die nach zwölf Uhr geöffnet hatten.

E&W: Ihre Bildungserfahrungen dagegen waren vermutlich anders als die der älteren Kolleginnen.

Banko-Kubis: Als ich 1972 aufs Gymnasium kam, war Koedukation normal. Später hatten wir einige junge Lehrkräfte, die sagten: "Wir können uns duzen." Sie probierten viel Neues, manches wurde wieder gebremst. In der 7. Klasse las unsere Religionslehrerin mit uns das Pubertätsbuch "Ich bin 13". Sofort hagelte es empörte Kritik von den Eltern, da war Schluss mit dem Buch.

An unserer Schule gab es eine große Pausenhalle, in der geraucht werden durfte. Da standen immer 68er mit

>> Fortsetzung auf Seite 3 Dialog

>> Fortsetzung von Seite 2 Dialog

langen Haaren und schrillen, bunten Klamotten rum. Wir Kleinen fanden das total beeindruckend und ein bisschen beängstigend. Diese Gruppe von Menschen war mir fremd, in meiner Familie gab es keine Hippies. Es war spürbar: Da passiert etwas Neues.

E&W: Sie gehören zur ersten Generation, die die reformierte Oberstufe mitbekommen hat.



Sabine Banko-Kubis, Jahrgang 1962, Förderschullehrerin, Hannover

Banko-Kubis: Ja, welch Entlastung! Ich konnte aufsaugen, was mich interessierte. Plötzlich war jedes Fach gleich wichtig. Zum Glück hatten meine Eltern auch keinen Druck gemacht: Du musst aufs Gymnasium. Eine Freundin von mir wurde vom Vater auf die Hauptschule geschickt, sie sollte "was Richtiges" machen. Erst auf Initiative eines Lehrers hat sie später gewechselt. Schon damals habe ich gedacht: Wir stecken noch viel in alten Klischees.

E&W: Waren diese Widersprüche typisch für Ihre Zeit?

Banko-Kubis: Absolut. Einerseits wirkten Konservativismen fort, andererseits merkten wir, es wird alles freier. Ich bin in der Schule politisiert wor-

den. Marxismus und Nationalsozialismus standen auf dem Stundenplan, später kamen die Nachrüstungsdebatten, Friedensdemos, Kirchentage. Irgendwann habe ich angefangen, am 8. März – Frauentag – Flugblätter zu verteilen.

E&W: Herr Göbel, Sie sind 1987 geboren. Finden Sie sich in den Schilderungen von Frau Banko-Kubis noch wieder?

Bernard Göbel: Nein, das ist wirklich weit weg. Bei uns war es unpolitischer, für uns ganz normal. Aber das Thema Chancengerechtigkeit hat nichts an Aktualität eingebüßt. Schon bei mir selbst. Mit meinem Grundschulzeugnis wäre ich nie auf ein Gymnasium gekommen, nach der Orientierungsstufe in Niedersachsen schon. Ich war ein aufmüpfiger Schüler. In der 8. Klasse musste ich wieder von der Schule runter. Ich sei "kein Material fürs Gymnasium". Also ab auf die Gesamtschule. Dort herrschte spürbar ein anderer Geist. Die Gymnasiasten spotteten: Da ist alles leichter. Aber wir waren einfach freier. Die Lehrer unterrichteten offener.

E&W: Die Gesamtschule war also Ihre Chance?

Göbel: Ja, bis zur Oberstufe war ich ein mäßiger Schüler, in der 11 bin ich für ein Jahr nach Johannesburg gegangen – und habe nach meiner Rückkehr ein sehr gutes Abi gemacht. Meine Lehren: Erstens, wenn schon Selektion, dann müsste es viel leichter sein, hin und her zu gehen; zweitens ist es zweifellos wichtig, Mädchen zu empowern, aber man muss auch die schwierigen Jungs fördern; drittens müssen wir allen eine Chance geben. Ich bin seit eineinhalb Jahren ausgebildeter Lehrer und sehe: Es geht.

Banko-Kubis: Stimmt, nach 25 Jahren Berufstätigkeit kann ich nur sagen: Jede Schülerin, jeder Schüler findet einen Weg zum Lernen. Man muss dazu nur die Möglichkeit geben. Ich bin mit einem gehörlosen Großvater groß geworden, er hat nie eine Schule besucht. Das war für mich eine Motivation, Förderschullehrerin

zu werden. Jeder Mensch muss eine Bildungschance bekommen, egal mit welchen Voraussetzungen er geboren wird

E&W: Warum kommt die Gesamtschule seit Generationen so wenig voran?

Göbel: Wenn so viele von den Guten auf das Gymnasium gehen, funktioniert das Prinzip Gesamtschule nicht. Faulstich-Wieland: Die Gymnasiallobby ist zu stark. Allerdings hat sich auch in den Gymnasien viel verändert. Die Denkschrift "Zukunft der Bildung -Schule der Zukunft" der NRW-Kommission mit ihrer Vision von Schule als "Haus des Lernens" markierte 1995 einen Paradigmenwechsel. Der Blick ging stärker auf die Lernprozesse statt auf das Lehren. Der deutsche Schulpreis hat diese Ideen in die Breite getragen und viel für die Wertschätzung der Gesamtschulen getan.



Bernard Göbel, Jahrgang 1987, Gymnasiallehrer, Hannover

In den ersten Jahren haben vor allem Grund- und Gesamtschulen den Preis bekommen, später waren es auch Gymnasien. Heterogenität wurde allmählich als Realität anerkannt – und als Chance.

Banko-Kubis: Ich bin skeptisch, der Druck ist heute doch so groß wie nie:

Alle sollen aufs Gymnasium gehen. In Niedersachsen sind es schon 50 Prozent.

Emig: Auch meine Tochter, linkspolitisiert aufgewachsen, schickt ihr Kind auf das Gymnasium – weil die Stadtteilschule gerade sehr viele "Underdog-Kinder" hat. Sie glaubt, das Kind packt es sonst nicht. Solange es die Wahlmöglichkeit gibt, werden solche Entscheidungen so bleiben.

E&W: Ist das zweigliedrige System wenigstens ein Fortschritt?

Faulstich-Wieland: Wenn beide Schulformen zum Abitur führen, wie in Hamburg, ein erster Schritt.

E&W: Schule 2017 – was braucht sie, um besser zu werden?

Göbel: Mehr Geld für Infrastruktur. Verrottete Gebäude, keine Smartboards, die als Elektroschrott enden, weil sie keiner reparieren kann – das ist absurd. Die Lehrerbildung sollte sich stärker an der Realität orientieren. Es sollte nach Schüleralter ausgebildet werden, nicht nach Schulformen.

Banko-Kubis: Inklusive Pädagogik muss dazugehören. Schule hat viele Aufgaben zusätzlich bekommen, ist aber letztlich noch so strukturiert wie früher. Wir müssen Schule aufbrechen, andere Professionen hineinholen.

Emig: Manches, was bereits auf dem Weg war, verliert leider wieder an Bedeutung. Das Bewusstsein für Geschlechterfragen zum Beispiel.

Göbel: Also, das ist für mich kein Thema. Die Kinder lernen doch zusammen und haben die freie Wahl, was sie machen wollen.

Faulstich-Wieland: Aber unter der Hand setzen sich subtil Stereoty-

pe fort. Studien zeigen: Wir fördern Mädchen und Jungen unterschiedlich, ohne es zu merken. Das zu erkennen, erfordert eine Reflexion, die viel mit einem selbst zu tun hat. Aber nur so können wir uns klar werden, an welchen Ungleichheiten wir beteiligt

Göbel: Wenn ich bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit Rollenbildern oder so komme, schütteln die den Kopf ...

Banko-Kubis: ... wie viele aus der Generation meiner Kinder. Da höre ich immer wieder: "Oh, fang mir nicht damit an. Das ist doch kein Problem mehr."

Faulstich-Wieland: Eben, es ist noch viel zu tun.

Gesprächsleitung: Anja Dilk, freie Journalistin

Bildungspolitik gemeinsam voranbringen!



// GEW-Kommentar //

Was motiviert dazu, bildungs- und gewerkschaftspolitisch aktiv zu werden? Der Generationenaustausch macht sichtbar, wie stark die bildungspolitischen Vorstellungen aus den eigenen Erfahrungen resultieren. Wer Geschlechtertrennung in der Schule als Verlust erlebt hat, entwickelt sensible Antennen für die Bedeutung von Koedukation. Wer erlebt hat, wie es sich anfühlt, als Schülerin, als Schüler nicht wahrgenommen, sondern nur belehrt zu werden, tritt engagiert für eine andere Unterrichtskultur ein. Wer Selektion im Bildungssystem am eigenen Leib erfahren hat, kämpft umso entschlossener für deren Beseitigung. Der Generationendialog hilft zu verstehen, woher die Agenda für Schulreformen in den vergangenen Jahrzehnten kam.

Er zeigt auch, wie wichtig Schule als Ort der Begegnung ist: um sich gesellschaftlich zu verständigen und über den Tellerrand der familiären Erfahrungen zu schauen. Er öffnet den Blick dafür, wie sehr unser Verständnis von dem, was wir als "normal" ansehen, auch von der Zeit abhängt, in der wir aufwachsen.

Vor allem aber macht er erschreckend deutlich: In zentralen Themen sind wir auch nach Jahrzehnten nur wenig weitergekommen: Chancengleichheit schaffen, Unterricht weiterentwickeln, sensibel für Geschlechtergerechtigkeit bleiben. Es gibt noch viel

Nur alle Generationen gemeinsam können Bildungspolitik und pädagogische Praxis weiter voranbringen. In der GEW haben wir die Chance, uns aufeinander einzulassen und voneinander zu lernen. Dazu möchten wir mit diesem Dialog ermutigen.

Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

Noch keine "Bildungsrepublik"

// Fast zehn Jahre nachdem Bund und Länder auf ihrem Bildungsgipfel in Dresden die "Bildungsrepublik Deutschland" ausgerufen haben, zog der DGB in Berlin kritisch Bilanz. Die Expertise des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm zeigt, dass wichtige Ziele verfehlt wurden. Klemm konstatiert "durchgängig in allen Feldern des Bildungsbereiches dauerhaft ungleiche Bildungschancen".* //

Angesichts der aktuellen Debatte um ein stärkeres Engagement des Bundes in der Bildung forderte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) auf der DGB-Veranstaltung eine "gesamtstaatliche Bildungsstrategie" und sprach sich für eine "nationale Kraftanstrengung" aus. Allerdings sieht sie derzeit keine Mehrheit, das Kooperationsverbot im Bundesrat "komplett" zu kippen. Es gebe in einigen, auch "grün" regierten Ländern noch "Widerstände". Kramp-Karrenbauer fügte überraschend hinzu: "Die Hürde im Kopf", also das Dogma, dass der Bund Bildungsaufgaben der Länder nicht mitfinanzieren dürfe, sei abzubauen. Wörtlich verlangte die CDU-Politikerin ein "Kooperationsgebot" in der Bildung. Wie das funktionieren soll, ließ sie jedoch offen. Nach der Analyse des Bildungsforschers Klemm trägt das Bildungssystem dazu bei, "ungleiche Lebenschancen zu verfes-

Nach der Analyse des Bildungsforschers Klemm trägt das Bildungssystem dazu bei, "ungleiche Lebenschancen zu verfestigen" und die "Polarisierung der Gesellschaft" zu befördern. Klemms Resümee fällt insgesamt durchwachsen aus: Erfolgen in den Bereichen Studium und Weiterbildung stünden beispielsweise nicht erreichte "Klassenziele" bei den Schul- und Berufsabschlüssen gegenüber. So sei die 2008 von Bund und Ländern angestrebte Marke, den Anteil junger Menschen ohne Hauptschulabschluss auf vier Prozent zu halbieren, nicht in Sicht. Laut Klemm waren es 2015 noch 5,9 Prozent Jugendliche, die den Abschluss nicht schafften. Im selben Jahr blieben 13,8 Prozent der jungen Frauen und Männer ohne Berufsabschluss. Politisch vereinbart war, diese Quote auf 8,5 Prozent zu reduzieren. Und auch beim Krippenausbau erreichte die "Bildungsrepublik" mit 32,9 Prozent nicht die anvisierte und

gesetzlich verankerte 35-Prozent-Marke. Dem für 2015 von

Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm resümierte auf der Bildungspolitischen Strategiekonferenz in Berlin, die Politik habe ihre Versprechen von Dresden weitgehend nicht eingelöst.



der Politik verkündeten Ziel, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung zu investieren, habe man sich mit 9,1 Prozent noch nicht angenähert, sagte Klemm. Damit fehlten im Jahr 2015 noch 0,9 Prozentpunkte oder – in absoluten Zahlen – 27,2 Milliarden Euro, um den Zielwert zu erreichen. Der "Bildungsflickenteppich", den die Klemm-Daten enthüllten, verlange, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack, einen "bildungspolitischen Neustart". Er sei, so die Gewerkschafterin, aber nicht "zum Nulltarif" zu haben.



Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) überraschte mit ihrer Forderung eines "Kooperationsgebotes" in der Bildung.

Diese Einschätzung teilt auch die GEW. Sie wolle mit ihrer Initiative "Bildung. Weiter denken!"** erreichen, dass Bund und Länder mehr Geld in Bildung investieren, sagte GEW-Vize Andreas Keller in der DGB-Expertenrunde. Damit, dass soziale Ungleichheit im Bildungssystem nicht beseitigt ist, dürfe man sich, unterstrich Keller, nicht abfinden.

Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der F&W

*Die Langfassung des Artikels finden Sie unter www.gew.de/DGB-Neustart-Bildungsrepublik **www.gew.de/weiter-denken/



Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,

Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit

2,777% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngy: 20.000 €
Lfz. 48 Monate, 2.77% eff. Jahreszins, fester Sollzin

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center



www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Ltz. 7 Jahre, mtl. Rate 528.00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit. Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertligung jederzeit kostenfreik, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.





"Problematisches Arbeitsfeld"

// "Es gibt keine Alternative zur Inklusion" lautet die Überschrift des von einer großen Mehrheit der Delegierten auf dem Gewerkschaftstag der GEW Anfang Mai in Freiburg verabschiedeten Beschlusses. Dieser beschreibt. welche Ressourcen nötig sind, damit Inklusion gelingen kann*. Nach der Gewerkschaftstagsberichterstattung im Juni-Heft der E&W gab es nicht nur eine lebhafte Leserdebatte (s. E&W 9/2017, Leserforum S. 44 bis 46), auch in manch einem Landesverband rumorte es. Besonders heftige Reaktionen gab es in Baden-Württemberg (BaWü). Ein Gespräch mit Michael Hirn, Rektor eines Sonderpädagogischen Beratungszentrums (SBBZ) und Geschäftsführender Schulleiter der 19 SBBZ in Stuttgart. //

E&W: Warum haben Mitglieder in Deinem Landesverband so empört auf den Freiburger Inklusionsbeschluss reagiert?

Michael Hirn: Zum einen: Etliche Kolleginnen und Kollegen haben den Beschluss so verstanden, insbesondere vermittelte dies die Überschrift, als ob inklusive Beschulung die einzige Form sei, die Kindern mit Förderbedarf gerecht werden kann – "alternativlos" eben. Menschen, die an Förderschulen arbeiten, empfinden das als mangelnde Wertschätzung ihrer pädagogischen Arbeit. Als ob das, wie sie bisher unterrichtet, was sie bisher geleistet haben, nicht gut genug wäre – und die GEW von jetzt an nur noch das Ziel Inklusion ansteuerte.

E&W: Und zum anderen?

Hirn: Die Forderung, schrittweise das Parallelsystem der Förderschulen aufzuheben, kommt für viele Sonderpädagoginnen und -pädagogen zu einem falschen Zeitpunkt.

E&W: Warum?

Hirn: Weil die Inklusion in BaWü nicht rund läuft. Viele Mitglieder sehen in der inklusiven Schule deshalb noch keinen



Michael Hirn, ehrenamtlicher verantwortlicher Redakteur der Mitgliederzeitschrift "bildung und wissenschaft" der GEW Baden-Württemberg

angemessenen Ersatz für Sonderschulen. Sie befürchten, dass man nicht allen Kindern mit Förderbedarf in der Inklusion gerecht werden könne. Viele Kolleginnen und Kollegen haben den Freiburger Beschluss und die E&W-Berichterstattung über die Entscheidung offensichtlich so interpretiert, als seien die Förderschulen bereits bis zum nächsten Gewerkschaftstag abzuschaffen. Lehrkräfte, die an den SBBZ unterrichten, haben das als Affront begriffen. E&W: Ein Missverständnis. Im Gewerkschaftstagbeschluss heißt es, das Parallelsystem Förderschule sei "schrittweise aufzuheben" mit dem Ziel, "diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen" in der Bildung zu ermöglichen.

Hirn: Man muss doch unterscheiden: Da gibt es differenzierte und kontroverse Diskussionen, wie sie Funktionärskreise führen und wie sie teilweise auch in Freiburg zu erleben waren. Die meisten Mitglieder bleiben aber davon weitgehend unberührt. Sie lesen über Erfahrungen mit Inklusion in den Medien, die nicht ihrem eigenen Erleben entsprechen. Offensichtlich ist es uns nicht gelungen, der Basis die differenzierte Debatte auf dem Gewerkschaftstag zu vermitteln.

E&W: Heißt das, die Diskussionsebene zwischen Funktionären und Mitgliedern klafft auseinander?

Hirn: Nicht nur. Viele Lehrkräfte, nicht nur im sonderpädagogischen Bereich, sehen es momentan als schwierig an, inklusiv zu arbeiten.

E&W: Aber die "Eine Schule für alle" ist doch Konsens in der GEW!

Hirn: Sicher, sie bleibt das langfristige wichtige Ziel. Aber kurzfristig geht es für etliche Kolleginnen und Kollegen erst einmal darum, die Rahmenbedingungen in den Schulen zu verbessern, bevor sie bereit sind, über strukturelle Veränderungen – etwa die Auflösung der Förderschulen – nachzudenken. Doch man muss auch zur Kenntnis nehmen: Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die die Förderschule nicht aufgeben wollen. Sie sind überzeugt davon, dass gemeinsames Lernen nicht allen Kinder gut tut.

E&W: Erklärt das den Frust und die Unzufriedenheit unter den Mitgliedern?

Hirn: Fakt ist: In unserem Bundesland hat die Politik über Jahrzehnte keine Anstalten gemacht, Integration behinderter Kinder in den Regelklassen zuzulassen. Ein Grund, weswegen sich viele Lehrkräfte nicht konkret mit inklusiver Beschulung auseinandersetzen konnten. Nachdem die UN-Behindertenrechtskonvention 2009 in Deutschland in Kraft trat, hat die Entwicklung an Dynamik zugenommen. Es gab 2015 ein neues Schulgesetz, das Inklusion ermöglichte. Seitdem haben viele Sonderpädagoginnen und -pädagogen den Eindruck gewonnen, dass sich dadurch ihre Bedingungen an den SBBZ sowie im inklusiven Unterricht verschlechtern. Auch, weil die Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, wie es im Ländle heißt, massiv zugenommen hat - ohne dass dafür genug neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wurden. Kurz: Viele Mitglieder erleben Inklusion deshalb derzeit als sehr problematisches Arbeitsfeld.

E&W: Länder wie Bremen oder Schleswig-Holstein setzen schon sehr lange

gemeinsames Lernen um, auch mit positiven Erfahrungen.

Hirn: In Baden-Württemberg gibt es ebenfalls erfolgreiche inklusive Angebote, keine Frage. Fest steht: Inklusion kann und soll gelingen. Aber sie hängt aus meiner Sicht von mehreren Faktoren ab: angemessene Ausstattung mit personellen (sonderpädagogischen) und materiellen Ressourcen, ausreichende Stunden für Doppelbesetzungen, kleinere Klassen.

E&W: Genau diese Forderungen stehen im Beschluss des Gewerkschaftstages ...

Hirn: ... die Kolleginnen und Kollegen haben jetzt die Probleme in ihrem inklusiven Arbeitsalltag, daher nützt ihnen eine Zielperspektive mit Forderungskatalog wenig.

E&W: Was wären erste Schritte hin zu einer inklusiven Schule? Womit beginnt man?

Hirn: Damit, dass man Lehrkräfte auf neue Arbeitsformen vorbereitet, dass Schulleitungen und Kollegien sich klarmachen: Wenn wir Inklusion einführen, kommen Mädchen und Jungen zu uns, die individuelle, auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Unterrichtsformen brauchen. Am allerbesten lässt sich das alles im Team erarbeiten. Für Unterrichtsund Teamentwicklung, auch für Fortbildung muss die Politik allerdings Zeit bereitstellen.

E&W: Was treibt insbesondere Sonderpädagoginnen und -pädagogen um: die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, die Sorge, zum "Wanderarbeiter" zu werden?

Hirn: Etwas von allem, vermutlich. Veränderungsprozesse lösen oft Widerstände aus. Aber manch eine Kollegin, manch ein Kollege erlebt den Arbeitseinsatz in Inklusionsklassen an mehreren Standorten als sehr belastend und unbefriedigend. Auch im Regelschulsystem haben Lehrkräfte mit zusätzlichen Belastungen zu kämpfen.

E&W: Welchen?

Hirn: Nehmen wir das Beispiel einer Grundschullehrerin, die in einer Klasse mit 28 Schülerinnen und Schülern, darunter eine Gruppe von vier bis fünf Kindern mit speziellem Förderbedarf, unterrichtet. Wenn diese Kollegin lediglich eine sonderpädagogische Unterstützung von acht Wochenstunden erhält, bestreitet sie den Unterricht die meiste Zeit alleine – und zwar mit der ganzen Klasse. Eine starke Belastung.

E&W: Müsste der Landesverband versuchen, die Mitglieder mehr zu motivieren, zu ermutigen?

Hirn: Das Problem ist, dass unsere Kolleginnen und Kollegen an allen Ecken und Enden merken: Die Ressourcen reichen nicht aus! Deshalb wollen sie von ihrer Gewerkschaft nicht nur hören: "Arbeitet an eurer professionellen Haltung, dann wird es schon klappen!"

E&W: Heißt das, ohne adäquate personelle wie räumliche Ausstattung geht es mit Inklusion nicht voran?

Hirn: Es muss ja weitergehen. Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die hochengagiert inklusiv arbeiten. Aber selbst diese sagen, wenn sich nicht bald etwas an unseren Arbeitsbedingungen

verändert, macht uns das krank. Von der GEW erwarten sie, dass sie die Mitglieder darin unterstützt, deren akute Probleme zu lösen. Ein bildungspolitisches Fernziel, bei dem sie sich noch mehr unter Druck gesetzt fühlen, lehnen sie ab. Fakt ist: In Baden-Württemberg ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Bedarf innerhalb von zwei Jahren um insgesamt neun Prozent gestiegen.

E&W: Warum hat sich die Schülerzahl innerhalb kurzer Zeit so stark erhöht?

Hirn: Weil Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die allgemeine Schulen besuchten, dort vor 2015 keine sonderpädagogische Unterstützung erhalten haben. Diesen Kindern kann man jetzt im Rahmen der Inklusion ein Angebot machen.

E&W: Wie wirkt sich diese Veränderung auf Lehrerinnen und Lehrer aus?

Hirn: Sie führt – ganz klar – zu einer Mehrbelastung in den Kollegien. Die Zahl der sonderpädagogischen Lehrkräfte hat sich lediglich um 1,2 Prozent erhöht. Manche Mitglieder glauben, daran sei die Umsetzung der Inklusion schuld. Das trifft natürlich so nicht zu. Aber die Kolleginnen und Kollegen möchten, dass die GEW die Politik unter Druck setzt, mehr Lehrkräfte einzustellen, und nicht, dass sie vorrangig den inklusiven Schulausbau vorantreibt.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

*www.gew.de/Beschluss-3-17-PDF

Du hast unseren Kindern gerade noch gefehlt! Komm an die Berliner Schulen, komm in die Berliner Kitas. Die stärkste Stadt sucht die stärksten Lehrer und Erzieherinnen, Lehrerinnen und Erzieher. Berlin sucht dich. Www.berlin.de/lehrer-werden www.berlin.de/erzieher-werden Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin



Richtige Strategie

Inklusion ist zu einem Reizwort geworden. Ideen und Ziele der Inklusion sind es nicht.

Unter Inklusion verstehen wir die Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen – unabhängig von einer Behinderung, dem Geschlecht, kulturellen und sozialen Hintergründen, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, Religion, Leistungsfähigkeit oder Sprache. Der Nationale Aktionsplan Inklusion sieht Maßnahmen in zwölf Bereichen vor, einer davon ist Bildung – von der Kita über die Schule, berufliche Bildung bis zur Hochschule. Der Weg zu einer Schule, in der alle Menschen die besten Möglichkeiten haben, sich zu entfalten, wird in der GEW zurzeit heftig diskutiert. Das spiegelt sich auch in dem Beschluss des Freiburger Gewerkschaftstages vom Mai* wider. Er beschreibt die Zielvorstellung von einer Schule für alle und fordert Personalressourcen, multiprofessionelle Teams, eine andere Arbeitszeit, geänderte Rahmenbedingungen und Klassengrößen, eine neue Form der Leistungsbewertung, mehr Fort- und Ausbildung sowie wissenschaftliche Begleitung ein.

Die Debatte ist schwierig, nicht zuletzt weil die Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Und damit kommen wir zum Kern der Diskussion: Politik hat es bisher weitgehend versäumt, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen, damit Inklusion gelingen kann. Deshalb stellen sich Fragen wie: Will die Gesellschaft Inklusion wirklich? Wie soll Inklusion in einem gegliederten Schulwesen klappen, widerspricht sie doch dem System? Viele Kolleginnen und Kollegen kritisieren, dass diese Fragen nicht beantwortet, zu wenig Mittel bereitgestellt werden, kurz: die Probleme bei der Umsetzung von Inklusion auf ihrem Rücken ausgetragen werden (s. E&W 9/2017 und S. 44 ff.). Die GEW will die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen unterstützen, sie will sie entlasten. Dafür beschreibt der Freiburger Beschluss den Rahmen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Jetzt geht es darum, diesen auszufüllen und die konkrete Umsetzung der Inklusion politisch und vor Ort mitzugestalten. Das ist der Auftrag des Gewerkschaftstages. Die Zeit seit Mai haben wir genutzt,

einen Plan zu entwickeln, den der Hauptvorstand und die Landesverbände jetzt beschließen und dann Stück für Stück umsetzen werden. Teil des Plans ist, in der GEW offener über die Strategie und den Weg zur einen Schule für alle zu diskutieren, z.B. in regionalen Fachtagungen. Da die Situation in den Ländern sehr unterschiedlich ist, müssen wir lernen, mit diesen Ungleichzeitigkeiten umzugehen und Lösungen zu finden, die den unterschiedlichen Bedingungen vor Ort gerecht werden. Dabei sollten wir uns nicht gegenseitig unterstellen, die einen lehnten die Teilhabe aller Menschen an Inklusion ab und die anderen meinten, dass allein die richtige Haltung für gute Inklusion reiche. Beides beschreibt nicht den richtigen Weg: Weder die Haltung allein noch die Ressourcen allein führen zum Ziel. Im Gewerkschaftstagsbeschluss heißt es beispielsweise: "Das Parallelsystem von Förder-/Sonderschulen und allgemeinen Schulen ist schrittweise aufzuheben. Der Transformationsprozess in eine inklusive Schule ist in den Schulgesetzen aller Bundesländer zu verankern." Das hat insbesondere viele Sonderpädagoginnen und -pädagogen verunsichert (s. S. 28 f.). Deshalb: Die Frage, in welchen Schritten und in welchem Zeitrahmen das Parallelsystem aufgehoben wird, ist in jedem Bundesland zu diskutieren und durch jeweils spezifische Beschlüsse zu definieren. Vor uns liegt ein weiter Weg, auf dem wir solidarisch, aber konfliktbereit unter uns, aber vor allen mit den Landesregierungen und der Gesellschaft diskutieren müssen. Dafür, so der Auftrag des Gewerkschaftstages, sollen wir Bündnisse schließen. Auf der Bundesebene werde ich mit den politisch Verantwortlichen das Gespräch suchen: Sie sollen mehr Geld für Bildung und gute pädagogische Räume bereitstellen. Der Nationale Aktionsplan Inklusion muss mit Ressourcen hinterlegt werden!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

www.gew.de/Beschluss-3-17-PDF

Fit für Bildung in der digitalen Welt?

// Dass die Gesellschaft digitaler und digitalisierter wird, ist am System Schule nicht spurlos vorübergegangen: Erst wurden Computerräume eingerichtet, dann kamen die Geräte in (fast) jedes Klassenzimmer; heute gibt es - zumindest in Modellprojekten – Tabletoder Smartphone-Klassen. Doch nicht nur Schülerinnen und Schüler, auch Lehrkräfte müssen lernen, mit digitalem Wissen umzugehen. Diese Fragen werden in der neuen "DDS - Die Deutsche Schule" thematisiert. //

Schulbücher können durch digitale Zusatzmaterialien an die Bedürfnisse heterogener Lerngruppen angepasst werden. Für die Lernstandsdiagnostik gibt es digitale Hilfen. Manch eine Lehrkraft bezieht ganze Stundenentwürfe kostenlos aus dem Netz. Industrie, Verbände, Parteien, Ministerien sie alle haben diesen Markt der Möglichkeiten entdeckt und bieten

Erziehungswissenschaft Die Bildungspolitik und pädagogische Pr Deutsche WAXMANN

eifrig Lernmaterialien für den zeitgemäßen Unterricht an. Der größte Teil der (Aus-)Bildung im Bereich der digitalen Medien findet iedoch noch immer außerhalb der Schule und informell statt. Unterschiede in der sozialen Herkunft von Kindern und Jugendlichen führen hier zu einer weiteren ungleichen Verteilung von Bildungschancen.

Sowohl aus individueller als auch aus gesellschaftlicher Perspektive ist das Themenfeld sehr wichtig. Und die Strategie? Mehr digitale Bildungsmedien, bessere technische Ausstattung, umfassendere Informationen für Lehrkräfte. Zwingend notwendig ist die Kompetenz zu verstehen, wie digitale Systeme funktionieren und zu unserem Besten angepasst werden - und auch, wie sie uns manipulieren und steu-

Es reicht nicht aus, Lehrkräften Medienbildungskompetenz und deren Weitervermittlung zu "verordnen". Gegenstand der Aus- und Weiterbildung müssen die unterschiedlichsten Facetten des Wissens über Medien – etwa technisch

oder juristisch – sein, aber auch, wie sich das Wissen durch Medien verändert und wie man lernt. Medien zu beherrschen. Nur so gebildete Lehrkräfte können wirklich helfen, Bildung in der digitalen Welt zu befördern.

Svlvia Schütze. Geschäftsführerin der DDS

Heft 2/2017 der Zeitschrift "DDS - Die Deutsche Schule", die die GEW herausgibt, beschäftigt sich mit "Bildung in der digitalen Welt". Abstracts zu den Beiträgen und Bestellmöglichkeiten: www.dds-home.de





Handeln nicht behandeln lassen

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin **Bad Pyrmont**

Klinik für Psychosomatik

Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover Chefarzt: Dr. med. Volker Malinowski

Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich. Kostenlose Service-Nummer:

0800 619-6666



Nach diesem Motto leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu "Experten" für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden. Wir sind spezialisiert auf Probleme im öffentlichen Dienst - insbesondere auf Lehrergesundheit - und blicken auf 30 Jahre klinische Erfahrung zurück.

Schwerpunktmäßig behandeln wir:

- · Depressionen
- Ängste
- · Burn-out-Symptomatik
- · Nicht-organische Schlafstörungen
- · Chronische Schmerzstörungen
- · Posttraumatische Belastungsstörungen Alle Formen von Essstörungen.
- (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Zwangsstörungen

Als sog. "gemischte Krankenanstalt" führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten und zu unterstützen.

MEDIAN Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont

Bombergallee 11 · 31812 Bad Pyrmont

pyrmont-kontakt@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Arbeiter unter Kontrolle

// Unabhängige Gewerkschaften spielten eine große Rolle bei Streiks und Protesten, die letztlich im Arabischen Frühling gipfelten. Ägyptens autoritäre Regierung will sie nun zum Schweigen bringen. //

In einer Fabrik für Speiseöle starten Arbeiter einen Sitzstreik. Es ist Ende Dezember 2016, die Lebensmittelpreise in Ägypten sind stark angestiegen. Die Arbeiter in der Kanalstadt Suez folgen dem Aufruf ihrer unabhängigen Gewerkschaft und protestieren gegen die ungleiche Verteilung von Lohnzuschüssen zwischen ihnen und ihren Vorgesetzten. Wenige Tage später stürmt die Polizei die Fabrik. 19 Arbeiter kommen vor Gericht. Der Vorwurf: Anstiftung zum Streik und Blockade des Betriebs. Der Fall, den die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) dokumentiert hat, zeigt exemplarisch den Umgang mit Arbeiterrechten in dem nordafrikanischen Land. Zwar sind inzwischen alle Arbeiter freigesprochen worden, doch haben nach Informationen von HRW 26 Beschäftigte ihren Job verloren - unter ihnen die 19 Freigesprochenen.

Ägypten steckt in einer Krise, die autoritäre Regierung duldet keine Arbeitskämpfe. Dennoch gab es nach Angaben des ägyptischen Zentrums für ökonomische und soziale Rechte (ECESR) allein 2016 insgesamt 1 736 Protestaktionen. Laut Beobachtern gibt es unzählige Festnahmen und Prozesse – genaue Zahlen kennt niemand. Arbeiter einer Schiffswerft der Armee, die an Protesten teilnahmen, wurden sogar vor ein Militärgericht gestellt. In einem anderen Fall ließ die Polizei Aktivisten zeitweise verschwinden – eine berüchtigte Praxis, die die Arbeiter und deren Familien einschüchtern soll.

"Periode der Unterdrückung"

"Arbeiter haben Angst", sagt Joe Stork, Vize-Direktor der Abteilung Nahost und Nordafrika von HRW. "Selbst die, die freigesprochen wurden, wollen nicht mehr mit Medien oder Nichtregierungsorganisationen sprechen. Sie versuchen nur, ihre Arbeit zu behalten." Kamal Abbas, Vorsitzender des Zentrums für Gewerkschaften und Arbeiterdienste (CTUWS), beschrieb die Lage jüngst so: "Das Volk lebt in einer Periode der Unterdrückung." Sein Zentrum ist eine der wenigen kritischen Organisationen, die Repressionen gegen Arbeiter öffentlich machen und bislang noch nicht geschlossen wurden.

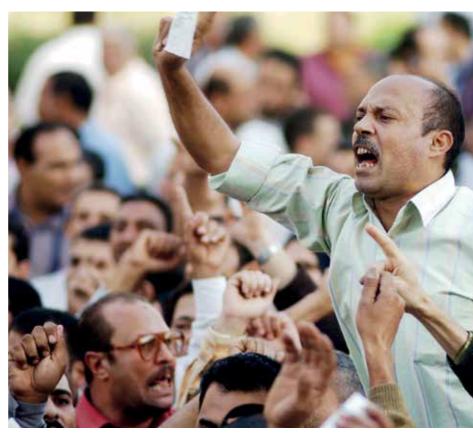
In Ägypten gibt es heute sowohl staatlich kontrollierte als auch unabhängige Gewerkschaften. Die staatlichen sind gesetzlich anerkannt und unterstehen der Ägyptischen Gewerkschaftsföderation (ETUF), deren Präsident oft auch gleichzeitig Arbeitsminister ist. Für Angestellte im öffentlichen Dienst oder bei staatlichen Unternehmen ist die Mitgliedschaft in einer staatlichen Gewerkschaft, über die man auch kranken- und rentenversichert ist, in der Regel Pflicht. Unabhängige Gewerkschaften entstanden erst vor rund zehn Jahren mit zunehmenden Protesten ge-

gen Privatisierungen, Preissteigerungen und gegen die Regierung des damaligen Präsidenten Husni Mubarak. Rechtssicherheit haben unabhängige Gewerkschaften bis heute nicht.

Staatlich organisiert, wegen ihrer Militanz jedoch eine Ausnahmeerscheinung, sind die Textilarbeiter der Industriestadt Al-Mahalla al-Kubra im Nildelta. Berühmt wurden sie durch Proteste im April 2008: Zum ersten Mal sahen Ägypter damals in den Medien Bilder von Demonstranten, die Mubarak-Poster zerstörten. Davon inspiriert entstand die Jugendbewegung 6. April, die drei Jahre später die Massenproteste des Arabischen Frühlings mitorganisierte.

Widersprüchliche Gesetze

Heute schwört die Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi das Volk auf nationale Einheit und Stabilität ein. In Zeiten von Terror und Wirtschaftskrise ist kein Platz für kritische Gewerkschaften. Gesetze, die Organisation und Arbeitskampf betreffen, sind vage und



INTERNATIONALES 33

widersprüchlich: So drückt die Verfassung von 2014 zwar die explizite Unterstützung für demokratisch gebildete und freie Gewerkschaften aus. Zugleich gilt aber noch das Gewerkschaftsgesetz von 1976, nach dem unabhängige Gewerkschaften illegal sind. Nach dem Sturz des Mubarak-Regimes gab es von 2011 bis 2013 eine fast schon chaotische Gründungswelle: Rund 1000 unabhängige Gewerkschaften entstanden damals nach Schätzung von Beobachtern. Der Großteil ist verstummt - Sisi schiebt seit seiner Amtsübernahme 2014 derlei Aktivitäten den Riegel vor. Sein Innenministerium blockierte die Möglichkeit der unabhängigen Arbeitnehmervertreter, Tarifverträge abzuschließen, indem es kurzerhand deren offizielle Stempel für ungültig erklärte. Weil außerdem Antiterror-, Demonstrations- und Strafgesetze sowie das Militärrecht verschärft wurden, können Polizei und Militär Streiks noch leichter

Dennoch: Ein neues Gewerkschaftsgesetz soll in diesem Jahr in Kraft



treten und mehr Klarheit bringen so hat es zumindest die ägyptische Regierung angekündigt. Nach Angaben von Mabel Grossi vom Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) spiegelt der Entwurf viele der alten Restriktionen wider. So sollen Unternehmen wie Behörden die Möglichkeit haben, gegen Gewerkschaften zu klagen, wenn diese nicht weiter definierte "Instruktionen" nicht befolgen. Gewerkschaften können zudem aufgelöst werden, wenn sie politisch aktiv werden. Und: Zur Gründung einer Gewerkschaft sind 30 000 Mitglieder nötig. "Viele Artikel des Entwurfs lesen sich wie eine Neuauflage des Gewerkschaftsgesetzes von 1976", sagt Grossi. Und dieses steht seit langem unter Beschuss, weil es Menschen- sowie Gewerkschaftsrechte verletzt und mit dem internationalen Arbeitsrecht nicht vereinbar ist. Amr Adlv. Ökonom beim Carnegie Middle East Center und ägyptischer Gewerkschaftsexperte, bestätigt: "Vieles spricht für eine Rückkehr zum Monopol einer staatlich kontrollierten Gewerkschaft."

Dass unliebsame Aktivitäten in Ägypten sogar wieder lebensgefährlich geworden sind, ist Beobachtern spätestens seit dem Fall des italienischen Studenten Giulio Regeni klar. Er hatte zu Gewerkschaften geforscht, als er vor eineinhalb Jahren verschwand. Sein Leichnam wurde Tage später am Straßenrand gefunden. Vieles deutet darauf hin, dass er von der Polizei zu Tode gefoltert worden ist.

Mey Dudin, freie Journalistin

Ägypten steckt in der Krise: Streiks wie den der Textilarbeiter in der Industriestadt Al-Mahalla al-Kubra nördlich von Kairo duldet die ägyptische Regierung unter Präsident Sisi nicht. Die Protestaktionen der Gewerkschaften waren für den Arabischen Frühling und den Sturz des Mubarak-Regimes sehr bedeutsam.



Wenn Menschen durch große Katastrophen in Not geraten, helfen wir. Gemeinsam, schnell und koordiniert. Aktion Deutschland Hilft - Bündnis deutscher Hilfsorganisationen.



Spendenkonto (IBAN): DE62 3702 0500 0000 1020 30 Förderer werden: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de







Musikalischer Jahreswechsel in Erfurt

30.12.2017 - 02.01.2018 — 4-tägige Musikreise



Inklusive: Neujahrskonzert im Theater Erfurt, Orgelkonzert und Silvesterfeier im Hotel

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH. Detmolder Str. 78. 33604 Bielefeld

"Aufarbeitung steht noch aus"

// Vor 40 Jahren wurde jede und jeder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft. Für ein Berufsverbot reichte es, einer "falschen" Organisation anzugehören. Betroffen waren vor allem "linke" Lehrkräfte. Der Historiker Dominik Rigoll ist überzeugt, dass der Radikalenerlass von 1972 die demokratische Grundordnung mehr beschädigt als beschützt hat. Er sagt: höchste Zeit, das Unrecht aufzuarbeiten. //

E&W: Im Januar 1972 haben Bund und Länder den Radikalenerlass beschlossen, um vermeintliche Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. Alles lange her. Warum ist es so wichtig, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen?

Dominik Rigoll: Eine Aufarbeitung dieser Geschichte steht noch aus. In der breiten Öffentlichkeit und auch in der Historikerzunft wird die Bundesrepublik vor allem als Erfolgsgeschichte betrachtet, was nach den Erfahrungen der NS-Zeit durchaus verständlich ist. Gleichwohl ist es wichtig, zu fragen: Ist im Namen des Rechtsstaats damals Unrecht geschehen? Es ist leicht, mit dem Finger auf die DDR zu zeigen. Doch wir müssen uns nicht an der DDR messen, sondern am Grundgesetz.

E&W: Begründet wurde der Radikalenerlass mit dem Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung ...

Rigoll: Es war ziemlich verrückt, was damals passiert ist. Der Staat entschied sich, alle vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, die in den öffentlichen Dienst wollten. Ich bin überzeugt: Der Radikalenerlass hat die demokratische Grundordnung mehr beschädigt als beschützt. Es gab über 10 000 Ablehnungsverfahren, unzählige Personen wurden zu politischen Anhörungen geladen. Rechtskräftig waren – in Anführungszeichen – nur rund 1 000 Fälle. Bei über zwei Millionen Regelanfragen* bis 1990. Das zeigt, dass jede Verhältnismäßigkeit fehlte.

E&W: Wie prägten die Berufsverbote die Gesellschaft?

Rigoll: In den 1960er-Jahren fand zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine breite Politisierung der Jugend nach links hin statt. Der Radikalenerlass trug dazu bei, den riesigen Demokratiehoffnungen einen Dämpfer zu verpassen. Damit handelte sich die BRD bei den jungen Leuten ein Legitimitätsdefizit ein. Man wusste, dass in den 1950er-Jahren Zehntausende Beamte aus der NS-Zeit in den öffentlichen Dienst gelangt waren. Hinzu kamen viele Rechtsradikale. Und nun wurde wegen der 68er – vor allem in Bildungseinrichtungen – so ein Terz gemacht. Das wurde als ungerecht empfunden und hat zur Radikalisierung beigetragen.

E&W: Wieso kam der Staat überhaupt auf so eine Idee?

Rigoll: Als Rudi Dutschke Ende der 1960er-Jahre den "langen Marsch durch die Institutionen" ankündigte, rief das Establishment dazu auf, diese Leute aufzuhalten – sonst gebe es



Dominik Rigoll, Historiker, Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Autor von "Staatsschutz in Westdeutschland"

eine Revolution. Allerdings zeigt der Blick in andere Länder, dass dies nicht die einzige Erklärung sein kann. Überall im Westen gab es radikale 68er und den Kalten Krieg, doch nur in Deutschland wurden Berufsverbote erteilt. Eine wichtige Rolle spielt natürlich, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), deren Anhänger besonders stark betroffen waren, von der DDR abhing. Hinzu kam, dass die Behörden noch stark vom Denken ehemaliger NS-Juristen geprägt waren.

E&W: Und die Bevölkerung war mit den Berufsverboten einverstanden?

Rigoll: In den ersten Jahren hatte die breite Mehrheit viel Verständnis für den Radikalenerlass. Vor allem mit Blick auf linke Lehrkräfte. Es gab die Angst, dass jemand wie Ulrike Meinhoff als Lehrerin unterrichten könnte. Dabei hatte die Rote Armee Fraktion (RAF) nur Verachtung übrig für Leute, die versuchten, als Lehrerin oder Lehrer im Kleinen etwas zu verändern. Heute herrscht ein ziemlich breiter Konsens, dass die 68er überall im Westen zur Liberalisierung beigetragen haben. Doch für die Berufsverbote, die sich im Grunde ja auch gegen die 68er richteten, fehlt immer noch das Unrechtsbewusstsein.

E&W: Die Bundesländer haben die Regelanfrage seit 1979 schrittweise abgeschafft. Inwiefern spielen Berufsverbote heute noch eine Rolle?

Rigoll: Es werden natürlich noch immer Leute abgelehnt, vor allem Linke. Ein Massenphänomen wie nach 1972 ist das nicht. Aber auch wenn es abgedroschen klingt: Solange die Demokratie ihre damaligen Fehler nicht eingesehen hat, können sie sich leicht wiederholen.

Interview: Kathrin Hedtke, freie Journalistin



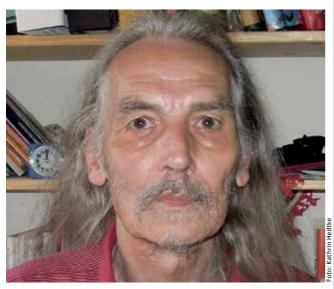
*In der politischen Diskussion wird sogar von bis zu 3,5 Millionen Anfragen ausgegangen.

"Die alte Wut bleibt"

// Früher Berufsverbot, heute Altersarmut: Der Radikalenerlass von 1972 hat viele linksorientierte Lehrkräfte aus dem Beruf gedrängt. Eine Initiative sammelt Spenden für Betroffene. //

Meist ist Reinhard Gebhardt viel zu beschäftigt, um über alte Zeiten zu grübeln. Doch manchmal kommt alles wieder hoch: "Das ganze Unrecht." Und: "Die alte Wut bleibt", sagt Gebhardt. Der 68-Jährige lebt in einer winzigen Einzimmerwohnung in Mannheim. Mit seiner mickrigen Rente von 652 Euro kommt er kaum über die Runden. Dabei wollte er in den 1970er-Jahren Grundschullehrer werden. Dann hätte er heute locker 1 000 Euro mehr im Monat. Aber daraus wurde nichts. Gebhardt gehörte der 68er-Bewegung an, war beim Kommunistischen Bund Westdeutschland aktiv. Das Oberschulamt zweifelte an seiner Verfassungstreue – und ließ ihn nach dem ersten Staatsexamen nicht zum Referendariat zu. Der Rentner hat ausgerechnet, dass ihm dadurch im Laufe der Jahre rund 950 000 Euro an Gehalt entgangen sind.

Der Radikalenerlass von 1972 hat viele linke Aktivisten aus ihrer beruflichen Laufbahn gedrängt. Die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" fordert eine Rehabilitierung und Entschädigung. Viele Kolleginnen und Kollegen seien jetzt von Altersarmut bedroht, heißt es in einer Erklärung. Deshalb hat die Initiative beschlossen, Spenden als Soforthilfe zu sammeln. Der Neue Heinrich-Heine-Fonds* unterstützt auch Gebhardt mit 100 Euro pro Monat. Das ist nicht viel. "Aber es hilft mir sehr", sagt der Rentner. So kann er mal ein Buch für seine Kinder zum Geburtstag kaufen oder einen Ausflug machen. Und mehr noch: "Es ist ein richtig schönes Zeichen, dass wir zusammenhalten." Gebhardt zeigt auf die Fotos von weißhaarigen Männern – alle in den 1970er-Jahren vom Berufsverbot betroffen. "Viele haben es durch Kla-



Reinhard Gebhardt, Berufsverbotsopfer

"Aktiv gegen Berufsverbote!"

Unter dem Motto "Aktiv gegen Berufsverbote!" lädt die GEW am 28. Oktober zur zweiten bundesweiten Berufsverbote-Konferenz nach Kassel ein. Die Gewerkschaft nimmt den 45. Jahrestag des sogenannten Radikalenerlasses zum Anlass, das immer noch nicht abgeschlossene und weiterhin aktuelle Thema politisch aufzuarbeiten. Die Teilnahme an der Fachtagung ist kostenfrei. GEW-Mitglieder erhalten die Reisekosten erstattet. Informationen zum Programmablauf und Rückfragen: Elina Stock, Kontakt: elina.stock@gew.de

gen in den Schuldienst geschafft", sagt er. "Mein Fehler war, dass ich juristisch nichts dagegen getan habe."

Altnazis in der Landesregierung

Gebhardt ist Jahrgang 1948, ein Nachkriegskind aus wohlhabender Familie: Der Junge spielt Tennis, fährt in Urlaub. Dann kommt die Zeit der Proteste gegen den Vietnamkrieg, Malcom X wird ermordet, Benno Ohnesorg erschossen. Gebhardt ist mittendrin in der 68er-Bewegung. Nach dem Abi studiert er in Heidelberg auf Lehramt, will Deutsch und Werken unterrichten. Doch das Oberschulamt lädt ihn 1974 zum Verhör, um seine Verfassungstreue zu überprüfen. Gebhardt schüttelt den Kopf. All die Altnazis in der damaligen Landesregierung, darunter die CDU-Politiker Hans Filbinger und Karl Schiess, beide früher NSDAP-Mitglied – und er soll sich rechtfertigen? "Ich spreche Ihnen das Recht ab, mich zu verhören", erwidert er. Die Absage erfolgt prompt. Das Amt erklärt, die Ziele seiner politischen Aktivitäten seien mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung "unvereinbar".

Daraufhin arbeitet Gebhardt in einer Druckerei, später in einem Metallbetrieb, viele Jahre als Betriebsrat. Als die Firma pleitegeht, heuert er als Lkw-Fahrer an. 2001 startet er den Versuch, sein Referendariat nachzuholen, mit Unterstützung engagierter Lehrkräfte und der GEW. "Doch es hat nicht geklappt. Das Studium war zu lange her." Bis zur Rente fährt er Lkw. Der 68-Jährige ist immer noch politisch aktiv, bei der Linkspartei, beim Bündnis gegen Abschiebung und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Er geht regelmäßig auf Demos, gegen Rassismus und Krieg. Andere Aktivisten haben sich damals im Verhör von ihren politischen Forderungen distanziert – und wurden im öffentlichen Dienst eingestellt. Würde er es rückblickend anders machen? "Nein", sagt Gebhard. "Ich stehe voll dazu."

Kathrin Hedtke, freie Journalistin

*http://berufsverbote.de/index.php/aktuelles.html



// Was tun gegen Hass und Hetze im Internet? Während einer Fachtagung der Bundeszentrale für Politische Bildung sind Ende Juni in Berlin Strategien gesellschaftlicher Abwehr diskutiert worden. //

Eine fiktive Stellenanzeige auf Facebook: "Gesucht werden treue deutsche Kameraden für das Wiederaufmachen von Buchenwald." Es folgt ein Hinweis auf Lohn und Urlaubsregelung "nach Tarif". Ein klarer Fall, findet Simone Rafael, die für die Amadeu-Antonio-Stiftung seit 2009 menschenfeindliche Umtriebe im Internet beobachtet.

Klar auch, was in einem solchen Fall zu tun ist: Screenshot zur Beweissicherung, den Netzwerkbetreiber verständigen, um den Eintrag löschen zu lassen, Strafanzeige stellen. Mittlerweile gibt es in elf der 16 Bundesländer Online-Polizeiwachen, über die das ohne viel Aufwand möglich ist. Allein die öffentlich geäußerte Fantasie, ein NS-Konzentrationslager wieder in Betrieb zu nehmen, birgt jede Menge justiziablen Stoff: Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten, Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Nicht immer eindeutig

Nicht immer freilich, wenn sich Wutbürger-Zorn im Netz austobt, sind die Dinge so eindeutig. Darauf hatte zu Beginn der Tagung Ulf Buermeyer, Jurist und Vorsitzender der Gesellschaft für Freiheitsrechte, aufmerksam gemacht. Er zitierte aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der

jede Äußerung, die "Elemente des Dafürhaltens enthält", unter den Schutz der Meinungsfreiheit fällt, und machte deutlich, dass die Gerichte hier einen großen Auslegungsspielraum lassen. Nicht geschützt sind allerdings falsche Tatsachenbehauptungen, üble Nachrede, Verleumdung sowie kriminelle Tatbestände wie Aufforderung zu Straftaten oder Volksverhetzung.

Meinungsfreiheit und Kritik

Wer also im Internet den Aufruf verbreitet, die Grenzen für Flüchtlinge zu schließen, weil sonst nur radikalislamische Terroristen ins Land strömten, darf sich womöglich auf sein persönliches "Dafürhalten" berufen. Für ihn gilt indes, was Rafael mit den Worten umschreibt, die Meinungsfreiheit sei nicht gleichbedeutend mit einer Garantie. von Kritik und Widerspruch verschont zu bleiben: "Ein Recht auf unkommentierten Blödsinn gibt es einfach nicht." Rafael ist Chefredakteurin der von der Amadeu-Antonio-Stiftung betriebenen Internet-Plattform "Belltower.News -Netz für digitale Zivilgesellschaft"* (bis 2017: "Netz gegen Nazis"), eine Fundgrube für Informationen über "digitale Gewalt" und Strategien der Gegenwehr. An der Berliner Tagung war Rafael als Argumentationstrainerin beteiligt - mit einem von der Stiftung entwickelten Programm, das sich an Lehrkräfte und Erwachsenenbildner, aber auch Schulklassen richtet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten in einem vierstündigen Kompaktseminar Einblicke in Vorstellungswelt und Diskursstrategien demokratiefeindlicher Propagandisten und lernen durch praktische Übungen, darauf zu reagieren. Das Programm soll Internet-Nutzer in die Lage versetzen, Widerspruch gegen Hassbotschaften im Netz zu artikulieren, statt diese einfach zur Kenntnis zu nehmen - wie es nach Rafaels Worten in 90 Prozent der Fälle geschieht. Gewiss nicht mit dem vorrangigen Anliegen, die Urheber zu bekehren, das meint auch Rafael. Adressaten seien vielmehr die mitlesenden Dritten. Sie sollen nicht dem Eindruck erliegen, eine Hassbotschaft bilde, weil unwidersprochen, den gesellschaftlichen Konsens ab. Den Hasspredigern in deren eigenen Echokammern die Meinungsführerschaft streitig machen, darum geht es. Seit Dezember 2016 organisiert etwa eine Facebook-Gruppe unter dem Namen "#Ichbinhier" solche Gegenattacken. Welche Wirkung Widerspruch im Netz entfalten kann, erfuhr die AfD-Frau Beatrix von Storch, die im Februar 2016 über bewaffneten Grenzschutz gegen Flüchtlinge räsoniert hatte. "Das ist Schwachsinn", konterte ein Leser. "Wollt ihr etwa Frauen mit Kindern an der grünen Wiese den Zutritt mit Waffengewalt verhindern?" Von Storch schrieb: "Ja." Den anschließenden Entrüstungssturm versuchte sie mit der seither legendären Ausrede zu beschwichtigen, sie sei auf der Maus ausgerutscht.

Winfried Dolderer, Publizist und Historiker

*www.belltower.news

FERNE WELTEN entdecken!



STUDIEN- UND ERLEBNISREISEN IM WINTER 2017/18



Höhepunkte des Oman

8-tägige Erlebnis-Rundreise durch den faszinierenden Norden des Sultanats auf der Arabischen Halbinsel. Mit einer Auffahrt auf den Jebel Shams und einer Wüstencamp-Übernachtung.

Muscat - Sur - Wahiba Sands - Jabrin - Nizwa - Al Hamra

Leistungen:

- Linienflüge mit GULF AIR ab/bis Frankfurt via Bahrain inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch Oman
- örtliche, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):			ab+€	86,-
Einzelzimmer-Zuschlag:		ab €	290,-	
	811001-11	31.03.18 - 07.04.18	€	1.860,-
	811001-10	24.03.18 - 31.03.18	€	1.860,-
	711001-39	30.12.17 - 06.01.18	€	1.820,-
	711001-38	23.12.17 - 30.12.17	€	1.820,-

Visum: bei Einreise vor Ort Mindestteilnehmerzahl: 2 Personen



Inselparadies Sri Lanka

15-tägige umfassende Erlebnisreise zu allen kulturhistorischen und landschaftlichen Höhepunkten auf der beeindruckenden Tropeninsel im Indischen Ozean.

Colombo - Galle - Udawalawe Nationalpark - Bandarawela - Nuwara Eliya - Kandy - Sigiriya -Polonnaruwa - Trincomalee - Anuradhapura

Leistungen:

- Linienflüge mit ETIHAD AIRWAYS ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***- und ****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

Visum. Online.	Vicum	IISD	35 _
innerdt. Bahna	ab+€	86,-	
Einzelzimmer-Z	!uschlag: (Im Deze	ember) €	840,-
Einzelzimmer-Z	€	720,-	
823216-02	24.03.18 - 07.04.	18 €	2.390,-
823216-01	10.02.18 - 24.02.	18 €	2.390,-
723216-05	23.12.17 – 06.01.	18 €	2.690,-

6 Personen



Höhepunkte Yunnans

15-tägiges Südchina-Reiseerlebnis durch die landschaftlich schönste Provinz Chinas, mit einzigartigen Reisterrassen und spannenden Begegnung mit Minoritäten.

Chengdu - Lijiang - Dali - Weishan - Jinghong - Yuanyang - Jianshui - Kunming

Leistungen:

- Linienflüge mit AIR CHINA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- mehrere innerchinesische Flüge
- Übernachtungen in guten ***-***-Hotels mit Vollpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch China
- örtliche, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

"GEW1017" und Sie erhalten eine Bonus-Ermäßigung von € 30,- je Person

Mindestteilnehmerzahl:

Mindestteilnehmerzahl:			ersonen
Visum: China			155,-
Innerdt. Bahn	+€	45,-	
Einzelzimmer	ab €	470,-	
5-Tage Verlän	+€	500,-	
833304-03	23.03.18 - 06.04.18	€	2.698,-
833304-01	23.02.18 - 09.03.18	€	2.698,-
733304-09	22.12.17 - 05.01.18	€	2.698,-
73330/-09	22 12 17 - 05 01 18	€	

Weihnachtstermine garantiert:

Weitere spannende Reisen zum Jahreswechsel 2017 und Frühjahr 2018:

(PREISE IE PERSON IM DOPPELZIMMER)

SENEGAL - GAMBIA	MYANMAR OPTIMAL	GROSSE HAWAII-RUNDREISE
715404-05 25.12.17 – 08.01.18	€ 2.450,- 723317-07 22.12.17 - 04.	.01.18 € 3.750,- 753315-09 22.12.17 - 10.01.18 € 5.990,-
815404-02 25.02.18 – 11.03.18	€ 2.290,- 823317-04 23.03.18 - 05.	.04.18 € 3.390,- 853315-02 24.03.18 - 12.04.18 € 5.650,-
EINZIGARTIGES SÜDPERSIEN	GROSSE RAJASTHAN-RUNDF	REISE
713104-05 22.12.17 – 31.12.17	€ 2.790,- 723108-04 23.12.17 - 07.	.01.18 € 2.720,- Nennen Sie bei Buchung die Codierung
813104-03 04.03.18 – 11.03.18	€ 2.290,- 823108-02 31.03.18 - 15.	.04.18 € 2.240,- GFW1017" und Sie erhalten eine

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

Kein Konkurrenzkampf mehr

// Auf ihrer bundesweiten Tour "GEW in Bildung unterwegs" hat die Vorsitzende Marlis Tepe Schulen in den Bundesländern Sachsen und Bremen besucht, um sich ein Bild von den Arbeitsbedingungen, der Ausstattung und den Bedürfnissen vor Ort zu machen. //



In Sachsen wird GEW-Vorsitzende Marlis Tepe mit besorgniserregendem Lehrkräftemangel und großem Sanierungsbedarf an der 100. Grundschule im Leipziger Stadtteil Grünau konfrontiert.

"Ungeheuer viel versäumt"

Ein grauer Plattenbau im Leipziger Stadtteil Grünau. Die Fenster sind klapprig, die unsanierten Toiletten müffeln, im Keller steht Wasser. Von den 250 Schülerinnen und Schülern der 100. Grundschule haben etwa 100 einen Migrationshintergrund. An diesem Vormittag sitzt GEW-Vorsitzende Marlis Tepe zwischen Erstklässlern. Sie plaudert, spielt und singt mit den Kindern. Es ist DaZ-Stunde. Die 23 Schülerinnen und Schüler aus Syrien, Afghanistan, Irak, Serbien, Mazedonien und Tschetschenien lernen spielerisch links und rechts kennen, üben Worte wie Tasche, Bleistift und Schere. Lehrerin Grit Trepte ist ihre Leidenschaft für den Unterricht mit den Kindern aus aller Welt anzumerken – auch wenn die Arbeitsbedingungen wahrlich besser sein könnten.

Sachsen leidet unter dramatischen Nachwuchsproblemen. Jedes Jahr gehen mehr als 1 000 Pädagoginnen und Pädagogen in den Ruhestand, ausgebildet wird jedoch nur ein Bruchteil dessen. "Sachsen hat ungeheuer viel versäumt", stellt Tepe fest. Die Konsequenz: Mehr als die Hälfte der neuen Lehrkräfte, die das Kultusministerium diesen Sommer eingestellt hat, waren Seiteneinsteiger ohne grundlegende pädagogische Ausbildung. Für Frust sorgt zudem, dass etwa Gymnasiallehrer, wenn sie an Grundschulen abgeordnet werden, deutlich besser als die erfahrenen Grundschulkolleginnen bezahlt werden. "Alle Lehrkräfte sollten das gleiche Geld bekommen", fordert Tepe. "Wir brauchen eine Bezahlung mindestens in der Entgeltgruppe E13." Gerade in Sachsen mit seinem akuten Lehrermangel wäre eine Aufstockung der Bezahlung dringend geboten.

Sven Heitkamp, freier Journalist

Bund in der Pflicht

Marktschule Bremerhaven. Die offene Ganztagsschule liegt im Stadtteil Lehe, der als sozialer Brennpunkt gilt. Doch die Schule trotzt dem schwierigen Umfeld und bietet einen im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichneten Unterricht: Kinder der Klassen 1 bis 4 lernen jahrgangsübergreifend, die Grundschule schaffte es beim Deutschen Schulpreis 2011 auf Platz zwei. Vor elf Jahren wurde das Schulgebäude komplett saniert und um einen Neubau ergänzt. Noch immer wirken die Räume hell, modern und sauber. Das fällt auch der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe auf. Beim prüfenden Blick in die Schultoilette huscht ein Lächeln über ihr Gesicht. "Hier riecht es nicht", stellt sie fest. Gutgelaunte Schülerinnen und Schüler, ein hochmotiviertes und engagiertes Kollegium, gut ausgestattete, freundliche Räumlichkeiten: Schulleiterin Ute Mittrowann hat viele Gründe, zufrieden zu sein. Und doch teilt sie mit vielen Kolleginnen und Kollegen eine Sorge: die zu geringe Personalausstattung. "Im Grundschulbereich haben wir einen Bedarf von ungefähr 400 Stunden", berichtet sie. "Davon fehlt uns faktisch ein Viertel." Noch schlimmer sieht es beim sonderpädagogischen Bedarf aus, wo einem Soll von knapp 90 Stunden ein Ist von derzeit elf Stunden gegenübersteht. Die Politik in Bremerhaven und Bremen hat mittlerweile erkannt, dass es so nicht weitergeht, sie mehr in Bildung investieren muss. Bremerhavens Schuldezernent Michael Frost sieht aber auch den Bund in der Pflicht: "Der Bund muss dazu beitragen, dass der Konkurrenzkampf der Länder um Personal aufhört", so Frost. Zwei der Kernforderungen, die Tepe an diesem Tag mehrfach zu hören bekommt – und die die GEW ausdrücklich unterstützt: A13 für alle Lehrkräfte und Anerkennung von Qualifikationen geflüchteter und eingewanderter Fachkräfte. Im Gespräch mit Bremens Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD) zeigt sich, dass Landespolitik und Gewerkschaft in vielen Punkten an einem Strang ziehen: Das Kooperationsverbot müsse abgeschafft werden, der Bund stärker in Bildung investieren.

Anne-Katrin Wehrmann, freie Journalistin



Beim Stopp in Bremen und Bremerhaven zeigt sich im Gespräch mit Bildungssenatorin Claudia Bogedan (SPD): Landespolitik und GEW sind sich einig. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss weg.

Mehr Abgaben auf leistungslosen Besitz!

// Mit der Initiative "Bildung. Weiter denken!" macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommensteuerpolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen unter anderem die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der Oktober-Ausgabe veröffentlicht die Redaktion den letzten Beitrag der Serie "Fakten contra Wirtschaftsmythen". //



"Die Vermögensteuer legt die Axt an das deutsche Erfolgsmodell der soliden Familienunternehmen."

Keine gesellschaftliche Gruppe behandelt der deutsche Staat so rücksichtsvoll wie die Reichen und Begüterten. Seit 1997 verzichtet er darauf, sich mit einer Vermögensteuer einen Anteil an dem enorm gestiegenen Wohlstand zu sichern. Die Interessenvertreter haben mit ihrer Angstkampagne ganze Arbeit geleistet. "Die Vermögensteuer legt die Axt an das deutsche Erfolgsmodell der soliden Familienunternehmen", warnt etwa Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU.

So schlimm kann es schon deswegen nicht sein, weil wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie die USA oder auch Großbritannien sich zu einem deutlich höheren Anteil über vermögensbezogene Steuern finanzieren. Regelmäßig zeigen OECD-Statistiken, dass Deutschland bei der Vermögensbesteuerung im internationalen Vergleich ganz weit hinten liegt.

Bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr könnte eine Wiedereinführung der Vermögensteuer bringen, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet. In die Pflicht nimmt das Modell nur die, die mindestens eine Million Euro besitzen. Für Unternehmen sind noch höhere Freibeträge vor-



"Für Unternehmen sind hohe Freibeträge vorgesehen – Handwerker und Mittelständler müssen sich keine Sorgen machen."

gesehen, sodass sich Handwerker und andere Mittelständler keine Sorgen machen müssten. Laut Studien des Internationalen Währungsfonds zählen Vermögensteuern sogar zu den wachstumsfreundlichsten Abgaben, da sie nicht Leistungen und Engagement im Beruf, sondern den leistungslosen Besitz treffen.

Eine Vorzugsbehandlung genießen hierzulande auch Erben. Jedes Jahr gehen Besitztümer im Wert von 200 bis 300 Milliarden Euro an die nächste Generation. Davon müssen die Erben oder Beschenkten gerade sechs Milliarden Euro an die Allgemeinheit abtreten. Immer wieder hat das Bundesverfassungsgericht die Erbschaftsteuer gestoppt. Grundgesetzwidrig ist aber nicht die Steuer an sich, sondern ganz im Gegenteil die willkürliche Privilegierung von Betriebserben. Entgegen allen marktwirtschaftlichen Prinzipien schont Deutschland die Gruppen, die sich für ihren Wohlstand nicht anzustrengen brauchen.

Markus Sievers, Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion



"Nur mit Ihnen!"

// An Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus Einwandererfamilien ist das Engagement der Eltern oft gering. Ein Modellprojekt will das ändern. //

Fechenheim, ein Vorort von Frankfurt am Main. Hier erinnert nichts an die Finanzmetropole ein paar Kilometer weiter westlich. Viele Kinder kommen aus Migrantenfamilien, sie sprechen zu Hause kein Deutsch. Ihre Eltern, so stellen die Lehrkräfte der Fechenheimer Gesamtschule nüchtern fest, zeigten nur eine "sehr geringe Beteiligung innerhalb unserer Schullandschaft".

Das soll anders werden. "Nur mit Ihnen!" heißt ein Modellprojekt des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) und des Staatlichen Schulamtes Frankfurt. 16 Schulen in überwiegend von Einwanderung geprägten Stadtteilen haben Ideen entwickelt, Eltern stärker zu beteiligen. In jeder Schule übernahmen mindestens zwei Lehrerinnen oder Lehrer Verantwortung. Sie erhielten pro Schuljahr ein Zeitdeputat von je einer Wochenstunde und ein Budget von 2 000 Euro. "Die unterschiedlichen Projekte eint der Gedanke, Barrieren abzubauen und Vertrauen zu ermöglichen", so Wolfgang Kreher vom Schulamt. Das Spektrum reicht dabei von innovativen Formen, Elternabende zu gestalten, über Elterncafés und Elternfeste bis zu einer neuen Begrüßungskultur.

An der Heinrich-Kraft-Schule stand zum Beispiel der gemeinsame Besuch eines Kletterparks auf dem Programm. Doch auch nach dem besonderen Event war es schwierig, die Einwandererfamilien zu erreichen, heißt es in einem Auswertungsbericht. Die Beteiligung bleibe "gering" und bedürfe der "weiteren Optimierung".

Ungenutzte Potenziale

Fast die Hälfte der Frankfurter Schulen, die mitmachen, experimentiert mit Elterncafés. Dort sollen sich Erziehungsberechtigte, Pädagoginnen und Pädagogen in zwangloser Atmosphäre treffen, gemeinsam frühstücken und auch Probleme besprechen. Die Cafés sind allerdings nur am frühen Morgen geöffnet, zu einem Zeitpunkt also, an dem es die meisten Eltern mit beruflichen Verpflichtungen eilig haben. Als Folge sitzen dort fast ausschließlich nicht erwerbstätige Mütter.

Die Väter hingegen stehen beim Sommerfest wie gewohnt am Grill. Wenn Kleinigkeiten unbürokratisch und kostengünstig zu renovieren sind, wird auch schon mal auf Handwerker aus der Elternschaft zurückgegriffen. Das ehrenamtliche Potenzial der Migrantenfamilien werde aber generell "noch zu wenig genutzt", so Stefan Weiß, der Projektverantwortliche beim Frankfurter AmkA. Nach seiner Beobachtung bringen diese "kulturelle Vielfalt und einen großen Erfahrungsschatz mit". Viele seien bereit, sich zu engagieren, "auch außerhalb der institutionalisierten Mitwirkung im Elternbeirat oder dem obligatorischen Mitbringsel zum Buffet".

Häufig sind auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das Problem. Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung kam zu dem Ergebnis, dass die Übernahme von Ehrenämtern oft an fehlenden zeitlichen Ressourcen scheitere – an langen Arbeitszeiten im Beruf oder Wochenendarbeit. Gerade in einkommensschwachen Milieus, zu denen viele Migrantenfamilien zählen, fehlt angesichts näherliegender materieller Sorgen die Energie für zusätzliches bürgerschaftliches Engagement. Erschwerend hinzu kommen sprachliche Probleme und mangelndes Selbstbewusstsein, sich etwa auf Elternversammlungen zu äußern oder in Schulgremien mitzuarbeiten.

Erste Schritte aufeinander zu sind daher besonders wichtig. Im Frankfurter Modellprojekt haben einige Schulen eine "mehrsprachige Begrüßungskultur" entwickelt. Im Eingangsbereich stehen Willkommen-Schriftzüge auf Russisch, Arabisch oder Farsi. Noch wichtiger sind Informationsbroschüren, die in die wichtigsten Herkunftssprachen der Familien übersetzt sind. Nicht immer reicht das aus: Bei manchen Müttern und Vätern sind die Deutschkenntnisse so lückenhaft, dass auf den Elternabenden im Prinzip gedolmetscht werden müsste.

Thomas Gesterkamp, freier Journalist

Zum Projekt "Nur mit Ihnen!" hat das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten ein informationsreiches Handbuch herausgegeben, Bestellung über: publikationamka@stadt-frankfurt.de.

"Fit für die Zukunft"

Unter dem Motto "Fit für die Zukunft" will die GEW-Sportkommission während einer Fachtagung neue Wege und Arbeitsformen diskutieren. Dabei kommen neben Fragen des Sportunterrichts alle Themen im Zusammenhang mit Bewegung, Sport und Spiel in den Bildungsbereichen sowie der aktuellen Sportpolitik zur Sprache.

Die Veranstaltung am 1./2. Dezember in Steinbach/Hessen richtet sich besonders auch an jüngere Kolleginnen und Kollegen.

Norbert Baumann, im Vorstand der GEW-Sportkommission

Weitere Infos und Anmeldung bis

1. November über Ole Stratmann,

E-Mail: olestratmann@hotmail.com





"All inclusive?"

Am 16. November diskutieren während der Fachtagung "All inclusive? Perspektiven für eine innovative Lehrer_innenbildung" Marco Tullner (Kultusministerkonferenz), Prof. Franziska Scheffler (Prorektorin an der Universität Magdeburg), Prof. Hans-Christoph Koller (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) und Andreas Keller (GEW) die Leitlinien der Bildungsgewerkschaft für eine bessere Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Weiter werden Studien zu Einphasigkeit, Vielfalt, Qualitätssicherung und Teamarbeit präsentiert.

Das vollständige Programm der Tagung in Magdeburg ist unter www.gew.de/all-inclusive verfügbar.

Anmeldung bitte bis spätestens 27. Oktober an Andrea Vath, E-Mail: andrea.vath@gew.de



Silvesterreise nach Danzig und Masuren Mit der MS CLASSIC LADY in winterlicher Seenlandschaft 30.12.2017 - 05.01.2018 – 7-tägige Städte-/Schiffsreise



Erleben Sie einen glanzvollen Jahreswechsel in der alten Hansestadt Danzig, wenn das "Juwel der Ostseeküste" unter dem großen Silvesterfeuerwerk erstrahlt. Danach tauchen Sie ein in das außergewöhnliche Naturerlebnis, das Masuren im Winter bietet, und genießen die Ruhe und Beschaulichkeit im Land der tausend Seen. Sie unternehmen eine Schlitten- oder Kutschfahrt durch den Winterwald und eine Stocherkahnfahrt auf dem Urwaldflüsschen Kruttinna. Außerdem besuchen Sie die Halbinsel Popielno, auf der Urwildpferde, eine Rückzüchtung des Tarpans, ausgewildert wurden. Abgerundet wird das Programm von einer Führung durch die imposante Festungsanlage der Marienburg.

Das beinhaltet unsere Reise

- 3 x Übernachtung auf dem Schiff
- 3 x Übernachtung in Danzig im 4-Sterne Hotel
- 6 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- 2 x Mittagessen in Masuren (davon 1 x aus dem Biwak-Topf)
- Transfers und Ausflüge mit im örtlichen Reisebus ab Danzig bis Warschau
- örtliche Reiseleitung ab Danzig bis Warschau
- Eintritte und Besichtigungen laut Programm
- Informationsmaterial (1 x pro Kabine)
- Sicherungsschein





der KBR für den Deutschen Betriebsräte-Preis 2017 nominiert.

Das Aus für "pädagogische Wanderarbeiter"

// Auf einen befristeten Arbeitsvertrag folgt der nächste – beim Internationalen Bund (IB) war das gängige Praxis. Beschäftigte und Betriebsrat kämpften dagegen – und hatten Erfolg. //

"Diese Unsicherheit hat mich fertig gemacht." Helene Bauer* arbeitet beim IB seit acht Jahren in der Berufsvorbereitung für benachteiligte Jugendliche. Doch ihr Arbeitsvertrag sei immer nur befristet verlängert worden. "Manchmal konnte ich wochenlang kaum schlafen", sagt die 48-Jährige. Inzwischen ist das Vergangenheit. Der IB unterzeichnete am 20. Januar 2016 eine Konzernbetriebsvereinbarung (KBV). Diese regelt, dass es Fristverträge nur noch in Ausnahmefällen gibt. Auch Bauer ist nun unbefristet angestellt. Dank dieser Vereinbarung wurde der Konzernbetriebsrat (KBR) für den "Deutschen Betriebsräte-Preis 2017" nominiert, der unter Schirmherrschaft des Bundesarbeitsministeriums steht.

"Hohe Befristungsquote" und "hoher Anteil an unfreiwilliger Teilzeit", so beschreibt Sabine Skubsch, Vorsitzende des IB-Konzernbetriebsrats, die frühere Lage im Unternehmen. In manchen Betrieben musste sich "mehr als jeder Zweite" mit einem befristeten Vertrag begnügen, berichtet die 59-Jährige. Ebenfalls eine besonders verbreitete Praxis, etwa in Mecklenburg-Vorpommern: Erzieherinnen und Erzieher in Kitas erhielten einen unbefristeten Vertrag für 32 Wochenstunden, mussten aber 40 Stunden arbeiten. "Dafür gab es einen befristeten Aufstockungsvertrag über acht Stunden, mal mit einem Monat Laufzeit, mal für drei Monate", so die Betriebsratsvorsitzende. So habe der IB versucht, die schwankenden Auslastungen der Kitas auszugleichen. Derlei Praktiken belasteten vor allem junge Beschäftigte. "Mit befristetem Vertrag kann ich nicht an Familienplanung denken", hätten viele Kolleginnen und Kollegen geklagt. Skubsch weiß von einer Mitarbeiterin, die Angst hatte, der Betriebsarzt könnte ihr während der Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot aussprechen. "Dann verlängert der Arbeitgeber meinen Vertrag nicht", habe die Kollegin befürchtet. 2010 begannen die IB-Beschäftigten, Widerstand zu leisten. 2 408 beteiligten sich an einer Unterschriftensammlung. "Durch Fristverträge werden der Kündigungsschutz, der Mut-

terschutz, das Elternzeitgesetz und der Schutz Schwerbehinderter ausgehebelt", brachte es der Konzernbetriebsrat in seiner Info-Zeitung auf den Punkt. Die Zeitung karikierte zudem den "pädagogischen Wanderarbeiter", der von einem Vertrag zum nächsten ziehen muss. Die Unterschriften wurden dem Vorstand im November 2010 überreicht. Immer wieder forderten Beschäftigte und Betriebsrat, die Zahl der Fristverträge und deren Laufzeiten zu begrenzen. Mit Erfolg. 2015 stimmte der Arbeitgeber Verhandlungen zu. "Das lag auch daran, dass der IB dringend Fachkräfte sucht", so Skubsch. Die Konzernbetriebsvereinbarung schreibt nun vor: Der IB darf eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter nur noch einmal ohne "Sachgrund" befristet beschäftigen. Als "Sachgrund" gelten vor allem Vertretungen wegen Mutterschutz, Elternzeit oder Krankheit. Will der Arbeitgeber weitere Befristungen, muss ein "Sachgrund" vorliegen. Die Befristungen dürfen insgesamt nicht länger als drei Jahre dauern. Betriebsrätin Skubsch zieht zufrieden Bilanz: "Hunderte von befristet aufgestockten Teilzeit-Verträgen wurden inzwischen in unbefristete Verträge umgewandelt." Auch IB-Vorstandschef Thiemo Fojkar lobt den Abschluss: "Die Vereinbarung macht den IB als Arbeitgeber deutlich attraktiver und familienfreundlicher."

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

*Name von der Redaktion geändert

Internationaler Bund

Der Internationale Bund (IB) beschäftigt bundesweit rund 14 000 Frauen und Männer in rund 700 Einrichtungen und Zweigstellen. Er betreibt unter anderem Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen und Privatschulen. Auch Schulsozialarbeit, Maßnahmen zur Berufsvorbereitung oder Essen auf Rädern gehören zu seinen Dienstleistungen. Der IB wurde 1949 gegründet, Sitz ist Frankfurt am Main.

Wo Dokumentation endet und Verantwortung beginnt

// Paul ist einer von Tausenden. Ein winziger Teil der Masse jener, die jeden Tag irgendwo in Afrika aufbrechen, um nach Europa zu gelangen. Er begegnet dem Filmemacher Jakob Preuss, der Paul zum Protagonisten eines Dokumentarfilms macht – und der im Lauf der Zeit immer stärker selbst Teil des Geschehens wird. //

Paul ist einer von denen, die schon bei der Abreise wissen, dass sie eigentlich keine Chance haben. Nachdem der Kameruner drei Jahre lang auf Baustellen in Marokko und Algerien gejobbt hat, um sich das Geld für den Schleuser zu verdienen, begegnet er nahe der spanischen Exklave Melilla im Jahr

2014 dem deutschen Filmemacher Jakob Preuss. Immer wieder besucht Preuss Paul in dem Wäldchen bei Melilla, wo sich Dutzende Migranten eingerichtet haben und darauf warten, nach Europa zu kommen. Eines Tages ist Paul nicht mehr da. Preuss findet heraus, dass er mit einem Flüchtlingsboot, das tagelang ohne Benzin auf dem Meer dümpelte, ins spanische Almería gelangt ist.

Preuss filmt die Abschiebehaftanstalt in Almería, besucht Paul in der Unterkunft in Granada, in der Wohnung von Pauls Freund in Bilbao, bis er schließlich einen Anruf aus Frankreich bekommt: Paul ist kurz vor Paris und weiß nicht, wo er übernachten soll. Preuss' Film soll ein Dokumentarfilm werden, doch spätestens an diesem Punkt verschwimmen die Grenzen zwischen purer Dokumentation und Einflussnahme. Das ist Preuss bewusst

und doch entscheidet er sich dafür, einzugreifen. Er besorgt eine Übernachtungsmöglichkeit in Paris. Paul kommt nach Deutschland, Preuss holt ihn mit dem Auto in Frankfurt a. M. ab. Deshalb wirkt es auch merkwürdig verkrampft, als der Filmemacher sich kurz darauf entschließt, auf Pauls Fahrt von Berlin in die Asylunterkunft in Eisenhüttenstadt einen Tag lang konsequent nicht einzugreifen. Paul kommt alleine nicht besonders gut zurecht. Er findet nur mit der tatkräftigen Hilfe einer Berlinerin den Hauptbahnhof und den Zug, scheitert aber in Eisenhüttenstadt an dem einen Euro, den die Busfahrt in die Unterkunft kostet. Dass Preuss ihm den Euro verweigert, verzeiht Paul nicht so schnell. Die Szene offenbart so manches: die Absurdität, dass die Behörden in Berlin den Asylsuchenden zwar mit einem Busticket für die Hauptstadt und einem Bahnticket nach Eisenhüttenstadt ausstatten, aber nicht für sein Weiterkommen in die Unterkunft sorgen. Schließlich spendiert eine Frau Paul den Euro.

Sich den Erwartungen stellen

Preuss' Film "Als Paul über das Meer kam" ist weniger eine Dokumentation über dessen Weg geworden als eine über die wachsende "Beziehung" zwischen Jakob und Paul – die vielleicht keine Freundschaft ist, aber sich zu etwas Unausweichlichem entwickelt. Er zeigt, dass jemand, der als gut verdienender Staatsbürger einer reichen Industrienation einmal Kontakt aufgenommen hat zu den Ärmsten der Armen,



Preuss beweist Mut, indem er seine eigene Zerrissenheit zum Thema macht: etwa, wie er sich darüber ärgert, dass Paul - einmal in Berlin angekommen – dafür plädiert, dass die europäischen Staaten sehr genau auswählen sollten, wer ins Land gelassen wird. Womöglich, sagt Preuss entsetzt,

würde Paul konservativ wählen. Die beiden sind

also nicht unbedingt Freunde geworden. Aber voneinander los kommen sie doch nicht. Das allmähliche Gefühl der Verpflichtung des Filmemachers ist das eigentliche Thema des Films, der jede Menge Stoff für Diskussionen bietet. Nicht nur über Flüchtlinge.

Frauke Haß

Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt a. M.



*Der Film "Als Paul über das Meer kam" läuft seit dem 31. August im Kino, weitere Infos unter www.paulueberdasmeer.de/start.html



// Ausgelöst durch den Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW im Mai zur Inklusion (s. Berichterstattung in E&W 6/2017) hat sich eine spannende Debatte unter den Leserinnen und Lesern der E&W entwickelt (s. E&W 9/2017, S. 30 ff.). Die Diskussion ist noch längst nicht beendet, wie die Leserbriefe in dieser Ausgabe der E&W belegen. Weitere Beiträge zur Debatte finden Sie in dem Interview mit dem Rektor eines Sonderpädagogischen Beratungszentrums, Michael Hirn (S. 28 f.), und dem Kommentar der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe (S. 30). //



"Offensiv nach vorne" (E&W 9/2017, Seite 30 ff.: "Debatte zur Inklusion")

Bezug nehmend auf die "Leserdebatte zur Inklusion" in der E&W 9/2017 habe ich mir auch noch mal die Hefte 5/17 mit dem Schwerpunkt "Inklusion", 6/17 "Keine Alternative zur Inklusion" sowie "Inklusion ist alternativlos" (wer hat sich diese Überschriften ausgedacht?!?) angeschaut.

Seit längerem stört mich, dass die Frage nach Inklusion zu wenig konfrontativ diskutiert wird. Unter anderem:

 Ist die Haltung der GEW davon abhängig, wie die Ministerien die Schulen finanziell ausstatten? (Diese Ausstattung ist schon immer auf allen Gebieten defizitär, unabhängig von Inklusion.) Das Lehrerberufsbild müsste infolge der Forderung nach Inklusion radikal umgestaltet werden (Abschaffung der Fokussierung auf "Auslese" mittels Tests und Noten durch unseren Berufsstand), oder soll es nur zaghafte Erweiterungen der Lehrerbildung geben?

Die GEW sollte das Thema Inklusion, das die Chance in sich birgt, das gesamte Schulsystem ans 21. Jahrhundert anzupassen, endlich offensiv nach vorne bringen. Dabei ist klar, dass massive Interessen und Lobbys auf der "erhaltenden" Seite zu überwinden sind:

Die Bundesregierung hat zwar die Behindertenrechtskonvention der UNO unterzeichnet, zeigt aber kein gesteigertes Interesse daran, diese auch umzusetzen – im Gegenteil. Die Kultusministerien der Länder, die vom Bund die Sache aufgedrückt bekamen, bremsen ebenso

- die in Hessen BFZ (Beratungs- und Förderzentren, Anm. d. Red.) genannten Gremien, auf die ein Teil der Macht durch Verteilung von Förderlehrerstunden an die diversen Schulen von den Schulämtern überging;
- der Teil der Förderschullobby, der vehementer als früher darum kämpft, weiter Kinder an seine Schulen zu bekommen und darauf achtet nun permanent an den Regelschulen durch Förderschulkräfte vertreten dort seinen Einfluss durch zunehmende Etikettierung von Schülerinnen und Schülern zu steigern (ich weiß sehr wohl, dass es auch sehr engagierte und entschiedene Inklusionsbefürworter/innen unter Sonderpädagoginnen und -pädagogen gibt);
- schließlich alle Anhängerinnen und Anhänger des viergliedrigen Schulsystems, namentlich die Lobby der Gymnasialbefürworter, die sich schon vor Jahrzehnten bei der großen Auseinandersetzung um die Einführung von flächendeckenden Gesamtschulen durchgesetzt hatte.

Die Leserbriefschreiberinnen und -schreiber, die auf den vier Seiten der E&W versammelt sind, unterstützen bewusst oder unbewusst diese Interessen.

Christoph Ortmeyer, Frankfurt a. M.

Herzliches Dankeschön!

Ein herzliches Dankeschön an die Kollegen Jochen Adam, Petra Hardt und Hubert Wyrwich für ihre hervorragenden Stellungnahmen! Ich kann diese unterschreiben!!

Birgit Falk, Moers

Auf dem Rücken der Kinder

Von Beginn an verfolge ich als früherer Förderschullehrer (Schwerpunkte soziale und emotionale Entwicklung, Lernen) die Inklusionsdiskussion und die Haltung der GEW (Niedersachsen) hierzu, die in ihrem Umsetzungshandeln selbst widersprüchlich ist.

Vergleich Niedersachsen – Baden-Württemberg: In Niedersachsen sollen die Förderschulen generell abgeschafft werden, die hiesige GEW befürwortet dies. In Baden-Württemberg hat man über Grün-Schwarz längst regional – wenige – Förderschulen etabliert, die Eltern haben hier ein gewisses Wahlrecht, die dortige GEW befürwortet dies. Meine Frage etwa für Niedersachsen ist: Wovor hat man Angst, indem man den Eltern die Möglichkeit Förderschule wegnimmt? Soll den Kindern, deren individuellem Förderbedarf in der Förderschule derzeit besser nachgegangen werden kann (und wenn die Eltern dies wollen), diese Förderung so lange verwehrt werden, bis sich endlich ein vernünftiges System etabliert (gut ausgebildete Fachkräfte, engagierte Mitarbeit der Regelschullehrer, materielle Ausstattung, Klassengrößen)? Das nenne ich ein unverantwortliches, ideologisch arrogantes Verhalten von Systemmanagern - und dabei geschieht aktuell genau das, womit diese sich rechtfertigen: Austragen auf dem Rücken von Kindern.

Denn klar ist: Bis hinsichtlich Inklusion endlich flächendeckend positive, konkrete Änderungen eintreten, wird es – geschätzt – noch Jahrzehnte dauern. Und so lange werden Kinder und Jugendliche als emotionale Wracks die Regelschule ohne Abschluss verlassen. Meine Meinung hierzu: Schaut beispielsweise nach Baden-Württemberg: Ja, schränkt den Zufluss zu Förderschulen ein – ein richtiger Weg –, aber würgt deswegen nicht die Möglichkeit einer vielleicht vergleichsweise besseren Förderung an einer Förderschule

ab, indem ihr sie einfach zerstört, damit Eltern ja nicht auf eine derartige Idee kommen. Damit ist ein Elternrecht nicht gewährleistet, sondern diktatorisch bewusst verhindert.

Roland Bellmann, Ahnsbeck

Gegen die Mitglieder

Wie mehrere Mitglieder Ihnen in der o. g. Ausgabe mitgeteilt haben, arbeitet die GEW zunehmend gegen ihre Mitglieder, statt sich für diese einzusetzen – sei es nun bei der Inklusion oder dem Einsatz für den Ganztag. Dazu kommen dann noch eine "Bevormundung", was man (nicht) zu wählen habe, und auch andere seltsame Artikel in der E&W. Schuster bleib bei deinen Leisten – die GEW ist eine "Lehrenden-Gewerkschaft" (gewesen). Es wäre wünschenswert, wenn sich mal einer bei Ihnen daran erinnern würde.

Katja Kostrzewa, Grefrath

"Bleiben Sie offen!"

Die kritischen Meinungen zur Inklusion um jeden Preis sprechen mir aus dem Herzen: Auch ich stehe kurz vor dem Austritt aus der GEW, weil es für mich unerklärlich ist, weshalb man Förderschulen eingehen lässt, die auf die entsprechenden Schüler angepasste Möglichkeiten bieten. Seien dies extra für solche Schüler und Schulen ausgebildete Sonderpädagogen, die kleinen Gruppengrößen, entsprechende Lernumgebung usw. Es werden Strukturen kaputtgemacht, sodass ein zufriedenstellendes Arbeiten für die Pädagogen, aber z. T. auch für die Schüler, nicht mehr möglich erscheint. Sollte man später merken, dass das vorherige Fördersystem doch besser für die Beteiligten war, wird der Rückweg verbaut oder nur mit sehr hohen (finanziellen) Hürden wieder zu betreten sein.

Durch Gespräche mit Eltern von betroffenen Schülern und durch einen be-

eindruckenden Artikel im Magazin der Süddeutschen Zeitung Anfang Juli dieses Jahres stehe ich dem Inklusionsgedanken sehr kritisch gegenüber: Sowohl die Gespräche als auch der Artikel erzählten von Kindern, die endlich von ihrem Leidensdruck befreit waren, nachdem sie von der Grundschule auf eine Förderschule kamen. Das Kind aus dem Artikel hat jetzt aber wieder die gleichen Probleme, weil die Förderschule geschlossen wurde. Die Eltern, die ich kenne, bangen zurzeit um das Fortbestehen ihrer Förderschule und haben zusammen mit ihren Kindern Angst vor der Zukunft ohne diese Schule.

Natürlich sollen die Kinder nun in der neuen Schule ja nicht alleingelassen werden. Aber: Könnten Sie sich vorstellen, jeden Vormittag (bzw. bei Ihrer Forderung nach Ganztagsschulen – die ich im Übrigen auch nicht vollständig unterstütze – den ganzen Tag) neben einem

Hier

abgeben

TimeTEX

So leben

Lehrer/innen leichter

Hänge-Orga-Tasche

Querformat mit 6 Einstecktaschen

Art. 10662 statt-4-95 € nur 4.00 €.

Gutschein-Code: EW5277

Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (19,2 %) abgezogen. Gültig bis 08.11.2017.







Erwachsenen zu sitzen, der Sie ständig begleitet, für Sie entscheidet, wann Sie in welcher Art Hilfe benötigen und Ihnen damit auch die Möglichkeit nimmt, einmal unaufmerksam zu sein? Oder entscheiden zu lernen, wann man sich Hilfe holt? Ich würde bei dieser Dauerkontrolle verrückt werden. Das Ziel, ein in möglichst hoher Eigenverantwortung lebender Mensch zu werden, kann auf diese Art und Weise vermutlich nicht überzeugend vermittelt werden.

Bestimmt gibt es einige Fälle, bei denen die Integration gelingen kann, aber in vielen Fällen scheint mir eine Förderung nach dem alten System erfolgreicher zu sein. Auch wenn die Forderung nach Umsetzung der Inklusion von "höherer Stelle" gefordert wird, sollte mit einem gewissen Augenmaß an die Lösung dieser Aufgabe gegangen werden. Es wäre wünschenswert, wenn auf der einen Seite Eltern und Kinder, auf der anderen Seite aber auch die Schulen einen gewissen Spielraum an Entscheidungsfreiheit zur Art und Weise der Förderung bekämen. Und wenn nicht einseitige Lösungsversuche ein in vielen Fällen wohl doch erfolgreiches Fördersystem ganz zerstören würden.

Bleiben Sie für Alternativen offen! Eva Pößnecker, Faßberg

WIE ans Ziel kommen?

Verwundert bin ich über die Leserbriefschlacht zum Thema Inklusion. Man kann sich schnell in Fundamentalem verrennen. Natürlich haben jene recht, die sich am Begriff "alternativlos" reiben. Der Begriff ist eine Bankrotterklärung politischen (auch bildungspolitischen) Handelns und einer Gewerkschaft abträglich. Aber auch die Fundamentalopposition derer, die sehr berufsständisch die bisherige Förderschulideologie verteidigen, ist nicht sehr gewerkschaftlich. Von vornherein den Kampf um Regeleinrichtungen für aussichtslos zu erklären, ist ebenso eine Bankrotterklärung. Und natürlich sind die Forderungen der Behindertenrechtskonvention eindeutig. D. h. die Ziele des Kampfes sind klar, und manche skandinavischen Länder sind da sehr weit. Aber ebenso klar ist, dass der Kampf um den Besuch von Regeleinrichtungen untrennbar verbunden

ist mit dem Kampf um entsprechende Personalausstattung und andere Rahmenbedingungen.

Ich erinnere mich an Rolf Krenzer, Kinderbuch- und -liederautor und Rektor einer Förderschule für geistig behinderte Kinder/Jugendliche in Dillenburg, mit dem ich von Beginn der 1980er-Jahre bis zu seinem Tod 2007 befreundet war und, lange vor der Konvention, über das Thema diskutiert habe. Er hat immer die Position vertreten, dass die Bedingungen, die er in seiner Schule vorfindet, ziemlich optimal waren für die Schüler*innen, dass aber natürlich das Ziel sein muss, die Segregation in verschiedene Einrichtungen aufzuheben. Es ging ihm nicht um ein "entweder das oder das", sondern um die Frage, WIE man vom bisherigen System zum angestrebten System kommt und um welche Voraussetzungen dabei zu kämpfen ist. Genau das wäre heute unsere Aufgabe als Bildungsgewerkschaft statt abstrakter Fundamentalkämpfe.

Fritz Köbler, Höchstadt

Fortschritt

(E&W 9/2017, Seite 6 ff.: Schwerpunkt Jugendgewalt)

Ich hatte mehrmals darum gebeten, dass E&W ein "Spezial" über linke Gewalt bringt, sich damit von Extremisten distanziert, und nicht weiterhin skurrile Gruppierungen hofiert, die Andersdenkende bedrohen oder ächten. Leider ist E&W da immer noch zwiespältig. An wem liegt es? Andererseits sehe ich seit langer Zeit zum ersten Mal einen Fortschritt darin, dass E&W in Ausgabe 9/2017 auffällig viele Leserbriefe abdruckte, mit mehr Ausgewogenheit als bisher. Woher dieser Sinneswandel kommt und ob er glaubwürdig scheint, ist eine andere Frage. Zu spät auf jeden Fall. Vielleicht renkt sich das in ein paar Jahren wieder ein. Die GEW sollte jedenfalls immer auf der Seite der Geächteten stehen und für Meinungsfreiheit eintreten.

Alfred Schäfer, Schopfheim

"Lückenpresse"

(E&W 9/2017, Seite 6 ff.: "Manchmal muss man das machen")

In einer "Wohnsiedlung im Hamburger Osten", so der Aufhänger des Artikels, wachse ein Junge namens "Aron" auf, der häufig gewalttätig werde. Im Folgenden wird ausgeführt, dass Jugendgewalt meist von Jungs ausgehe, dass die Täter als Kinder oft selbst Gewalt seitens der Eltern erfahren haben, dass es dabei oft um die Ehre gehe usw. Was in dem ausführlichen Beitrag mit keiner Silbe erwähnt wird, ist der Umstand, dass Jugendliche mit einem Migrationshintergrund, und zwar zumal solche aus islamisch geprägten Ländern, bei Rohheitsdelikten deutlich überrepräsentiert sind. Auch jener "Aron" zählt ganz offensichtlich dazu - wie geschmacklos, ihm ausgerechnet einen jüdischen Decknamen zu verpassen. Der ominöse "Hamburger Osten" entpuppt sich laut einer Bildlegende als Billstedt, also als ein Hamburger Stadtteil, in dem wenig Juden wohnen, aber rund die Hälfte der Einwohner Muslime sind. Vier lange Seiten über Jugendgewalt zu fabrizieren und dabei die Rolle türkisch-arabischer Peergroups außen vor zu lassen, ist eine ideologische Meisterleistung. Für wie dumm hält E&W ihre Leserinnen und Leser eigentlich? Da braucht sich niemand mehr wundern, wenn von "Lückenpresse" die Rede ist.

Hasso Spode, Berlin

Keine Skrupel

(E&W 9/2017, Seite 41: "Widerstand will gelernt sein")

Ja, "heute gibt es reichlich Gründe zu widerstehen!" gegen "dieses menschenverachtende Getriebe" BRD. Nein, wer sich wehrt, muss nicht "höchstens um seine Bequemlichkeit und seine Karriere fürchten"; unser Regime bekämpft Widerstand weitaus brutaler, ich erinnere an dutzende anständige Whistleblower und Schicksale wie Gustl Mollath.

Jens Ammoser, Gutach

E&W-Briefkasten Postanschrift der Redaktion: **Gewerkschaft Erziehung** und Wissenschaft Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M. E-Mail: katja.wenzel@gew.de Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten London

mit oder ohne Sprachkurs ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm london@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Skilanglaufreisen nach Skandinavien www.die-vagabunden.de \$2 0 43 52 - 95 68 695



Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.

T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe. www.selbstversorgerhausnordsee.de Tel. 04941 / 68865

TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, www.aglioni.it

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289 www.alte-tischlerei-putbus.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin www.berlinreisen.de

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren agenturunabhängig preisgünstig



Stadtrundfahrten Ausflugsprogramme Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30 www.vinculum-mundi.com



Der Reise-Ratgeber



schulfahrt.de Klasse Reisen.

Planen und organisieren Sie ihre nächste Klassenfahrt mit unseren vielfältigen Themen unter

www.ratgeber.schulfahrt.de

Von der Reiseplanung, Reisevorbereitung und Durchführung bis hin zur Reisenachbereitung stehen wir Ihnen mit unserer langjährigen Erfahrung hilfreich zur Seite.

Schulfahrt Touristik SFT GmbH \cdot Herrengasse 2 \cdot 01744 Dippoldiswalde Ihr Reiseveranstalter \cdot Tel.: 0 35 04/64 33-0 \cdot www.schulfahrt.de

© Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17







- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59 Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Klassenfahrten Versailles mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

www.schulorganisation.com

Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit

Wie die Seele Ihren Leib für immer verlässt erklärt der Prophet Jakob Lorber! Ich sende Ihnen ein kostenloses Buch und Sie verpflichten sich zu nichts! Helmut Betsch, Bleiche 22/58, 74343 Sachsenheim

Friesland Charter Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen Auf Jusselmer und Binnengewässer 8 bis 60 Personen • Klassenfahrten • Wochenendarrangements Familie Koopmans De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum Ruf 0031-566-631604 An Bord 0031-6-50681864

Die Wollmarshöhe

E-mail: info@frieslandcharter.n

Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****



Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

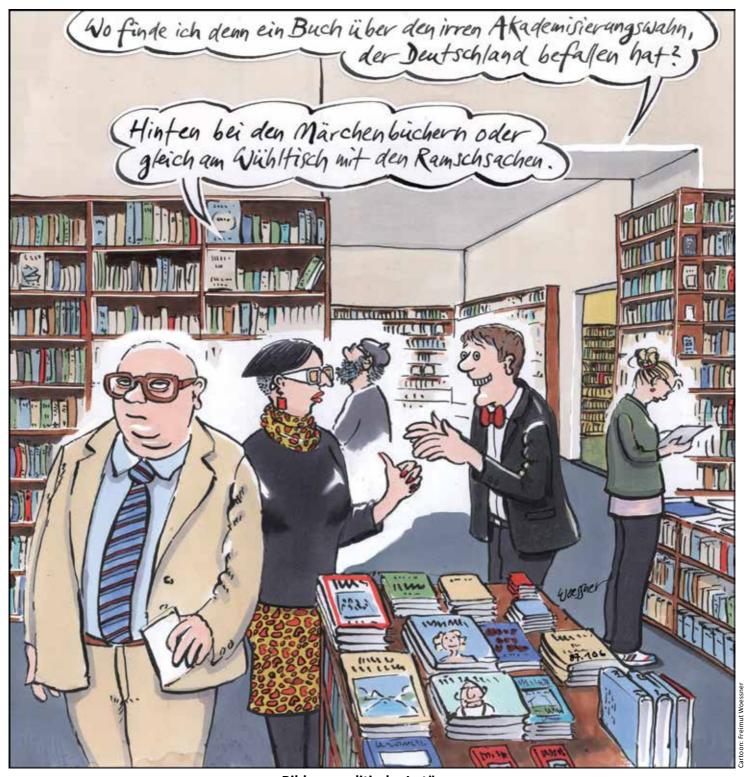
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft: 07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

Diesmal



Bildungspolitische Irrtümer